

b unabhängige **auernstimme**



Im Mai ist Agrarsozialwahl - Bauern und Bäuerinnen an erste Stelle! Auch in der EU Agrarpolitik z.B. durch Aufschläge auf erste Hektare und gerechte Förderung gesellschaftlicher Leistungen.



Die Tierhaltung steht vor dem Umbau, der Ackerbau stößt an Grenzen - gefragt sind frische Ideen aus der Landwirtschaft heraus. Mit neuen Perspektiven, die Einkommen schaffen statt nur Wachstum.



Die europäischen Milchbauern fordern Mengenregulierung und diskutieren Qualitätskriterien und Wachstumsmentalität. In den Niederlanden sorgen Phosphatüberschüsse für neue Begrenzungen.



Eine Zeitung von Bäuerinnen und Bauern

Freie Fahrt für neue Ideen



Die Seite 3

Allen Grund zum Wählen 3
 Alle Rentner dürfen wählen, nur Bauern nicht..... 3



Agrarpolitik

Plattform für eine EU-Agrarpolitik 4
 Alle retten bäuerliche Betriebe 5



Milch

„Gute Milchpreise und frei produzieren geht nicht zusammen“ 6
 Milchperspektiven 7



Bewegung

Japanische Bauernproteste 8
 „Mit dem anfangen, was da ist“ 10
 Kampf ums Land und zivile Kräfte..... 16
 Prost Protest! 17
 Wolf und Gans mit der Landwirtschaft vereinbar?..... 18
 Tag der Landwirtschaft 19
 Industriell statt bäuerlich, auch bei Bioland?!..... 20



Schwerpunkt

Abschied vom Ackern nach Rezept 11
 Beschränkte Kühe und fliegende Hühnerställe..... 12
 Leguminosen mit oder ohne Pestizide..... 13
 „Zukunft für die bäuerliche Tierhaltung“ 14

Zu Besuch bei Rebecca Simon und Anneliese Schmech, Seite 9; Nachbau, Seite 15; Veranstaltungen, Seite 22; Kontakte/Impressum, Seite 23



Ermutigende Veränderungen

Es mag ja sein, dass es alternatives Wahrhabenwollen gibt. Aber wenn nicht alles täuscht, stehen unsere tatsächlich existierenden landwirtschaftlichen Betriebe vor erheblichen Veränderungen. Wer bekommt die Schlagworte schon gerne vorgehalten: Tierschutz, Düngerecht, Immissions- und Klimaschutz, Pflanzenschutzresistenzen und Erhalt der biologischen Vielfalt. Vor allem außerlandwirtschaftliche Akteure, die in unserer Gesellschaft nicht zufällig hohes Gewicht haben, formulieren diese „gesellschaftlichen Anforderungen“ aus ihrer Sichtweise. Dass sie dabei nicht gleich die Auswirkungen in den Betrieben abwägen, ist ihnen nicht vorzuwerfen. Die Frage ist, wie wir einen Prozess zum gegenseitigen Nutzen organisieren? Die berechtigten Anliegen sind ernst zu nehmen und ihre praktische Umsetzung als ein Ziel des Prozesses zu begreifen. Aber gleichzeitig muss es gelingen, die betroffenen Bauern und ihren Familien dazu zu ermutigen, nicht die Brocken hinzuwerfen.

Die Erfahrungen mit tiefgreifenden Veränderungen machen viele Bauern skeptisch. Die letzten zwei Jahrzehnte haben unsere Landwirtschaft schon einmal auf den Kopf gestellt. Die Schlagkraft der heutigen Landtechnik hat die „alte“ ins Museum geschoben. In die Tierhaltung sind Milliarden investiert worden, die Leistungen pro Tier und Arbeitskraft sind rasant gewachsen. Molkereien und Schlachtunternehmen sind zu Exportweltmeistern geworden. Dafür hat in der Landwirtschaft jeder zweite Betrieb aufgegeben. Ihre Flächen sind teuer übernommen worden, aber die allermeisten, die weitermachen, stehen wirtschaftlich nicht besser da als vorher. Auf die mächtig angefeuerte Weltmarkt-Euphorie folgten jetzt die bitteren Krisenjahre 2015-2016.

Drei grundlegende Bedingungen müssen erfüllt werden, damit die anstehenden Veränderungen den Strukturwandel nicht nochmal anheizen, sondern – im Gegenteil – ihn bremsen:

1.) Die Kosten des Umbaus der Tierhaltung und der veränderten Flächenwirtschaft dürfen nicht bei den Bauern hängen bleiben. Die praktische Umsetzung der gesellschaftlichen Anliegen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dazu muss in einer ausreichenden Übergangszeit zusätzliches Geld auf den Tisch, Umschichtungen reichen nicht. Das kann nur aus Steuermitteln kommen oder aus einer Umlage im Markt. Diese Umlage muss möglichst nah am Endverkauf ansetzen. Dazu kommen muss eine aussagekräftige und verbindliche Kennzeichnung im Regal (nicht ein Wahlkampf-Label).

2.) Der Prozess der Veränderung braucht ein verlässliches strategisches Vorgehen. Da müssen Bauern und NGO-Vertreter, vor- und nachgelagerte Bereiche, Beratung, Politik und Gesetzgeber gleichberechtigt mit an den Tisch. Die konkreten Ziele müssen vereinbart werden: wo wollen wir hin? Die Betriebe müssen sich darauf verlassen können, dass die Ziele Bestand haben, sonst drohen ständige Fehlinvestitionen oder Stillstand. Auch für die Zwischenschritte braucht es Klarheit: in der Förderung und Bezahlung, im Genehmigungsrecht, auch im weiteren Ordnungsrecht. Der Prozess muss dabei lernfähig sein und bleiben und gerade deshalb eine klare Linie haben. Das muss einer in die Hand nehmen. Die letzten vier Jahre sind verloren.

3.) Es braucht mehr Wahrhaftigkeit in der Aussage, dass die Veränderungen mit den Bauern und Bäuerinnen, mit ihren Kindern und Altenteilern zusammen angegangen und bewältigt werden sollen. In den Wahlprogrammen wird „bäuerliche Landwirtschaft“ wieder hoch gehandelt. Glaubhaft wird das erst, wenn dann auch die Möglichkeiten der Agrarpolitik aktiv genutzt werden. Wenn in einer schweren Milchmarktkrise den Molkereinteressen widersprochen wird und befristete Maßnahmen zur gezielten Mengenzurückhaltung getroffen werden, damit der Preis nicht ins Bodenlose getrieben wird. Wenn die EU-Gelder nicht weiter schlicht nach Fläche ausgeschüttet werden, sondern das EU-Recht ausgeschöpft wird für Umschichtungen auf die ersten Hektare je Betrieb und in eine zielgerichtete Leistungshonorierung. Das hängt nicht in Brüssel, sondern an Bund und Ländern.

Die Ermutigung vieler Bauern und Bäuerinnen ist möglich. Sie steht jetzt an.

Ulrich Jasper, AbL-Bundesgeschäftsführer

Allen Grund zum Wählen

Mit der Agrarsozialwahl 2017 zu vielfältigerer, bäuerlicher Interessenvertretung

Nach viel Hin und Her ist es soweit: Bis zum 31. Mai wird nun zumindest in der Versichertengruppe der Selbständigen ohne familienfremde Arbeitskräfte gewählt, um das Parlament der Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) neu zu besetzen. Und wieso wählen? Es ist die erste bundesweite Wahl und die bisher einmalige Gelegenheit, mitzubestimmen, wie die Vertreterversammlung sich zusammensetzt. Es geht um bäuerliche Interessen bei der Ausgestaltung von so Wichtigem wie der Absicherung im Krankheitsfall inklusive Betriebshilfsdienst, der Unfallversicherung, der zeitgemäßen Regelung der Altersversorgung sowie der dazugehörigen Beratung.

Mit kritischem Blick

Insbesondere die Beitragsgestaltung der Berufsgenossenschaft halten die Kandidaten der Freien Liste Eickmeyer, die unter anderem von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft zur Wahl empfohlen wird, für überarbeitungsbedürftig: Für den eigentlich von der Betriebsgröße abhängigen Grundbeitrag wurde eine Mindest- und eine Maximalhöhe festgelegt, sodass kleine Betriebe durch einen für sie unverhältnismäßig hohen Ansatz benachteiligt werden. Zusätzlich unterliegt der risikoorientierte Beitragsanteil einer Mengendegression: Für eine Kuh im 30-Kuh-Betrieb muss doppelt so viel

Beitrag zur Unfallversicherung gezahlt werden wie für eine Kuh im 400er-Betrieb, für einen Hektar Grünland oder Druschfrüchte im 50-Hektar-Betrieb das Anderthalbfache wie im 500-Hektar-Betrieb. Belege für entsprechende Zusammenhänge mit dem Unfallrisiko gibt es nicht.

Beschlossen wurde dies von der bisherigen – nicht gewählten – bauernverbandsdominierten Vertreterversammlung. Entgegen dem Solidaritätsgedanken einer Sozialversicherung werden einige bevorzugt und dafür die große Mehrheit der Haupt- und Nebener-

werbsbetriebe belastet – gerade auch kleinere tierhaltende Betriebe.

Nicht zuletzt der Umgang mit den Rentnern und Rentnerinnen, die von der SVLFG größtenteils als nicht wahlberechtigt eingestuft wurden (dazu mehr im zweiten Text auf dieser Seite) zeigt, wie dringend notwendig eine aufmerksame, vielfältigere Interessenvertretung und kritisches Hinterfragen in der SVLFG ist. Elf Listen treten zur Wahl an, die Freie Liste Eickmeyer ist die Nummer zehn. Es geht darum, Kollegen und Kolleginnen als gute Vertreter der eigenen Interessen in der selbst-

verwalteten eigenständigen landwirtschaftlichen Sozialversicherung zu wählen – für die konventionelle Bäuerin Elisabeth genauso wie für den ökologischen Bauern Paul, die Grundstückseigentümerin Barbara, den Waldbesitzer Thorsten, die Winzerin Waltraud, den Imker Sebastian oder die Jägerin Astrid. Solidarität und Gerechtigkeit gehen nur zusammen. *cw*

Mehr Informationen, Gründe für's Wählen und Kandidatenportraits unter www.agrarsozialwahl.de



Bauernprotest und Aufruf zur Wahlteilnahme vor der SVLFG in Heschl/Stuttgart

Foto: agrarsozialwahl.de

Alle Rentner dürfen wählen, nur Bauern nicht

Freie Liste Eickmeyer kämpft für Wahlrecht von 500.000 Rentnern

Während bei allen anderen gesetzlichen Rentenversicherungen in Deutschland die Rentnerinnen und Rentner selbstverständlich aufgerufen sind, bis zum 31. Mai 2017 an der Sozialwahl teilzunehmen, will die Sozialversicherung für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau (SVLFG) die allermeisten ihrer Rentner von der Wahl ausschließen. Knapp 600.000 „Alten-teiler“, wie die Altersrentner in der Landwirtschaft genannt werden, gibt es in der SVLFG. Die SVLFG will aber nur 40.000 Bezieher einer Unfallrente und etwa 65.000 Rentner, die selbst noch unfallversicherungspflichtig Restflächen haben, wählen lassen. Eine halbe Million Altenteiler bleiben ausge-

schlossen, wenn nicht noch das Hessische Landessozialgericht in Darmstadt einem Eilantrag von Heinrich Eickmeyer dagegen stattgibt. Eickmeyer ist Spitzenkandidat der Freien Liste Eickmeyer u. a., die in der Gruppe der Selbständigen ohne familienfremde Arbeitskräfte aktiv um Wählerstimmen wirbt. In dieser Gruppe findet eine Wahlhandlung statt.

Brisantes Vorgehen

Nach dem Motto „Das haben wir immer so gemacht“ verteidigt die SVLFG – mit Unterstützung des Bauernverbandes – das Vorgehen. Denn bis 2012 gab es noch acht regionale landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften als

Unfallversicherungsträger. Nur dort wurden Sozialwahlen durchgeführt. Aufgrund eines damaligen Paragraphen im Gesetz wählten die Alterskassen keine eigene Vertreterversammlung, sondern bedienten sich der Vertreterversammlung der jeweiligen Berufsgenossenschaft. Aber dieser Paragraph (§ 32 SGB IV) wurde 2012 gestrichen. Und es gibt auch keine getrennten Versicherungsträger in der Landwirtschaft mehr, sondern nur noch den einen: die SVLFG. Doch die SVLFG ignoriert die neue gesetzliche Situation und will die Wahl nur im „Zweig der landwirtschaftlichen Unfallversicherung“ durchführen. Das Bundeslandwirtschaftsministerium und das Bundesso-

zialministerium haben das letztes Jahr abgesegnet, was die Brisanz nicht kleiner macht.

Die AbL hat alle Altenteiler aufgerufen, sich den Fragebogen bzw. Antrag auf Zusendung des Wahlausweises zu kopieren, ihn auszufüllen und an die SVLFG zu schicken. Außerdem unterstützt sie den Listenvertreter der Freien Liste Eickmeyer beim Gang vor das Gericht, damit für 500.000 Rentnerinnen und Rentner in der Landwirtschaft gilt, was für alle Rentenversicherten in den anderen gesetzlichen Rentenversicherungen gilt: Sie dürfen wählen.

Ulrich Jasper,
AbL-Bundesgeschäftsführer

Plattform für eine EU-Agrarpolitik

Breite Verbände-Plattform sucht gemeinsamen Weg für gesellschaftliche Anforderungen

Zeitplan

Für Ende 2017 hat EU-Agrarkommissar Hogan eine politische Mitteilung zur GAP nach 2020 angekündigt. Verordnungsentwürfe sollen bis Sommer 2018 folgen. Doch alles steht und fällt mit dem nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der EU für die Jahre 2021 bis 2027. Erste Papiere dazu will EU-Kommissar Oettinger zwischen Ende 2017 und Mitte 2018 vorlegen. Parallel laufen die Brexit-Verhandlungen. 2019 werden dann ein neues EU-Parlament gewählt und die Kommission neu besetzt. Wenn die wesentlichen Pflöcke nicht vorher stehen, ziehen sich Finanzrahmen und GAP-Reform noch hin. Eine neue GAP startet dann möglicherweise erst 2022 oder 2023. *uj*

Umschichtung

Zum Gesetzentwurf des Bundesrates, die Umschichtung von 4,5 Prozent der Direktzahlungen in die 2. Säule auf 6 Prozent anzuheben, hat das Bundeskabinett nun ihre „Gegenüberung“ beschlossen und den Gesetzentwurf an den Bundestag weitergeleitet. Einigen konnten sich die Ministerien aber nicht: „Die Meinungsbildung innerhalb der Bundesregierung im Rahmen der ergebnisoffenen Überprüfung ist noch nicht abgeschlossen.“ Nach 2020 müsse die GAP „den großen Herausforderungen, vor denen Landwirtschaft und ländliche Räume stehen, Rechnung tragen“. *uj*

Dreißig Organisationen aus Landwirtschaft (u.a. AbL), Umwelt- und Naturschutz, Tierschutz und Entwicklungspolitik rufen in einem neuen Plattform-Papier zu einer grundlegenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU und ihrer Umsetzung in Deutschland auf. Anders als alle anderen bisherigen Papiere zur GAP nach 2020 behandelt die Plattform nicht nur das Geldverteilen, sondern alle Instrumente der GAP. Sie wollen sowohl die umfangreichen Fördergelder der EU wie auch die europäische Marktordnung und das Fachrecht dafür einsetzen, den landwirtschaftlichen Betrieben durch die strikte Berücksichtigung von Umwelt- und Tierschutz wirtschaftliche Perspektiven zu eröffnen. Konkret schlagen die Verbände vor, sämtliche Zahlungen der Agrarpolitik gezielt und ausschließlich für die gesellschaftlichen Leistungen der Landbewirtschaftler einzusetzen. Kleinere und mittlere Betriebe sollten gestärkt werden. Änderungen an der Marktordnung sollen schwere Marktkrisen vermeiden und die Selbstregulierung der Erzeuger stärken. Die Störung lokaler Märkte in Entwicklungsländern durch EU-Exporte mit Dumpingeffekten soll verhindert werden. Durch eine „einfache, abgestufte und verpflichtende Kennzeichnung“ der Tierhaltungsverfahren sollen die Verbraucherinnen und Verbraucher in die Lage versetzt werden, den „Umbau der Tierhaltung“ aktiv mitzutragen. Zudem fordern die Verbände eine EU-weite Anhebung und Durchsetzung der Umwelt- und Tierschutzstandards. Mit wichtigen Änderungen wollen die Verbände aber nicht auf die von der EU-Kommission angekündigte Reform der EU-Agrarpolitik für die Zeit nach dem Jahr 2020 warten. Sie rufen Bund und Länder dazu auf, noch im Jahr 2017 Umschichtungen von EU-Agrargeldern in Deutschland in Fördermaßnahmen für Tierschutz- und Agrarumweltmaßnahmen sowie zur Stärkung kleinerer und mittlerer Betriebe zu beschließen.

Aus Krisen lernen

Bedeutende Teile unserer europäischen Land- und Ernährungswirtschaft seien gleich mehrfach mit grundlegenden Krisen konfrontiert, auf die die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU noch keine überzeugend wirksame Antwort gebe, heißt es im Papier. Das besonders schwere und lang anhaltende Preistief für Milch und Schweinefleisch von 2014 bis 2016 habe in den Betrieben zu Verlusten in zweistelligem Milliardenumfang und einem Strukturbruch geführt. Gleichzeitig



Die Breite der Plattform wurde sichtbar bei der Übergabe an Ministerin Hendricks: (v.l.n.r.) Martin Schulz (AbL), Klaus Seitz (Brot für die Welt), Felix Löwenstein (BÖLW) und Prof. Kai Niebert (Deutscher Naturschutzring DNR). Foto: BMUB/Thomas Koehler

fehle weit verbreiteten Formen der Tierhaltung und des Pflanzenbaus aus mehreren Gründen die gesellschaftliche Akzeptanz, ohne die ein Wirtschaftszweig keine Perspektive habe. Ein Großteil der Bevölkerung sehe bestimmte Tierhaltungsformen derart im Widerspruch zu ethischen Grundsätzen, dass ein Umbau in der Tierhaltung schon deshalb geboten sei. Notwendig sei der Umbau zudem, weil – besonders auch in Deutschland – wichtige Umwelt- und Tierschutzziele und geltende Richtlinien der EU nicht eingehalten bzw. umgesetzt würden, was sich in mehreren Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen die Bundesrepublik zeige. Die bisherige verfehlte Agrarpolitik stelle die landwirtschaftlichen Betriebe vor große Herausforderungen. Sie müssten zum Teil erhebliche und kostenträchtige Änderungen vollziehen, um die rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Zielvorgaben erreichen zu können. Doch die EU-Agrarpolitik und deren Umsetzung in Deutschland ließen die Betriebe damit bisher ganz überwiegend allein, schreiben die Verbände. Als Ausweg schlagen die Verbände vor, mit einer Qualitätsstrategie beides anzugehen: die gesellschaftlichen und fachrechtlichen Anforderungen an die Lebensmittelerzeugung bewusst aufzugreifen und umzusetzen und gerade dadurch die Wertschöpfung für die meisten Betriebe zu erhöhen und nachhaltige ökonomische Perspektiven zu schaffen. Dafür brauche es ein strategisches Vorgehen, das die verschiedenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Akteure einbinde und die

politischen Instrumente vom Fachrecht, der Förderpolitik bis zur Markt- und Handelspolitik entsprechend nutze und umgestalte.

Gewinner schaffen

Martin Schulz, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), sagte bei der Übergabe des Papiers an Bundesumweltministerin Hendricks in Berlin: „Die bisherige Agrarpolitik erzeugt viele Verlierer in Landwirtschaft und Gesellschaft. Wir brauchen aber eine starke Agrarpolitik, die Gewinner schafft, indem sie die gesellschaftlichen Leistungen der Bauern in der Erzeugung anerkennt und honoriert. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die gestiegenen qualitativen Anforderungen des Umwelt- und Tierschutzes in größere Wertschöpfungsmöglichkeiten mit höheren Erzeugerpreisen für die bäuerlichen Betriebe zu überführen.“ Bundesministerin Hendricks erklärte, dass es viele gute Ideen und Reformansätze brauche, um zu begründen, dass es auch in Zukunft noch europäische Agrar-Fördermittel in vergleichbarer Größenordnung geben solle. „Ich wäre sehr dafür“, sagte sie. „Aber dafür brauchen wir ein Fördersystem, das sich nicht an Hektarzahlen orientiert, sondern Landwirte für die Leistungen belohnt, die sie für das Gemeinwohl erbringen, zum Beispiel für den Umweltschutz.“ Den Agrarministern von Bund und Ländern wurde das Papier auf der Agrarministerkonferenz in Hannover übergeben. *uj*

Alle retten bäuerliche Betriebe

Keiner tut was!

Das ist leider die schmerzliche Erkenntnis, wenn man die Reden und Aussagen der amtierenden Landes- und Bundesminister mit ihrem tatsächlichen Handeln vergleicht. Die Agrarministerkonferenz Ende März hat wenig Neues in Bezug auf die Förderung der bäuerlichen Betriebe gebracht. Schon im Vorfeld hatte man sich auf eine Erhöhung der Umschichtung von 4,5 auf 6 Prozent von der ersten in die zweite Säule geeinigt. Allen voran hatten die Bioverbände gefordert, die maximal möglichen 15 Prozent umzuschichten, selbstredend davon ausgehend, dass die in der zweiten Säule stattfindende Qualifizierung nur dem ökologischen Landbau zugute käme. Eine Erhöhung der Förderung der ersten Hektare, die rein rechnerisch alle Betriebe bis 100 ha besonders fördert, tragen sie zwar in einem von über dreißig Verbänden unterstützten Papier zur zukünftigen Ausrichtung der EU-Agrarpolitik mit, an erster Stelle steht diese Forderung jedoch nicht. Kein Wunder, denkt der kritische Geist, verschiebt sich die Struktur im ökologischen Landbau doch längst auch immer weiter zugunsten der Großen. Verstanden haben das scheinbar auch die grünen Agrarminister, wie Meyer in Niedersachsen, Rimmel in NRW oder Habeck in Schleswig-Holstein, die statt einer Unterstützung bäuerlicher, regionaler Strukturen – durch eine aktuell mögliche Erhöhung der Förderung der ersten Hektare – die vom Bundesverband Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) vorgetragene Forderung nach Umschichtung aufgreifen. „Wir bekommen da aktuell keine Mehrheiten“, erklärt Christian Meyer. Das verwundert. Denn mitten in der über mehrere Tage laufenden Agrarministerkonferenz lanciert der bayerische Staatsminister Helmut Brunner, dass er für eine stärkere Förderung kleiner und mittlerer Betriebe eintritt und eine Erhöhung der Förderung der ersten Hektare umsetzen will. Bei den Agrarmedien ist dies die Meldung (auch in der Bauernstimme), doch passiert ist nichts. Eine schwarz-grüne Koalition, für die nächste Legislaturperiode nicht ausgeschlossen, kommt am Tagungsort der Agrarminister in Hannover nicht zustande.

Gute Worte

Auch die Beteuerungen des Bundeslandwirtschaftsministers Christian Schmidt bezüglich einer besonderen Förderung bäuerlicher Betriebe bleiben ohne konkrete Taten. „Deshalb müssen die Direktzahlungen vor allem die kleinen und mittleren Familienbetriebe sowie tierhal-

tende Betriebe bei den Herausforderungen stärken“, so der Minister anlässlich eines Treffens mit seiner spanischen Amtskollegin Isabel García Tejerina in Spanien. Aber natürlich ist Schmidt auch CSU-Mitglied. Sind seine Äußerungen bezüglich der Unterstützung kleiner und mittlerer Betriebe also vor allem Wahlhilfe für seinen Parteikollegen Brunner und die CSU in Bayern?

Möglich wäre es jetzt, zur Halbzeit der aktuellen Förderperiode, neben der Umschichtung in die zweite Säule auch die Förderung der ersten Hektare zu erhöhen. Bis zu 15 Prozent wären möglich. Damit würden die kleinen und mittleren Betriebe gestärkt. Sie hätten finanziell bessere Möglichkeiten, sich am Pachtmarkt zu behaupten. Besondere Leistungen, wie die einer regionalen, nachhaltigen Produktion in einer gesellschaftlich akzeptierten Größe, die in einer dörflichen Struktur eingebunden ist, würden ebenso honoriert.

Erbracht werden diese Leistungen von Bäuerinnen und Bauern jeden Tag aufs Neue. Für viele sind sie Teil des Selbstverständnisses ihrer täglichen Arbeit, ihrer Lebensphilosophie. Umsonst sind sie trotzdem nicht zu haben. Wenn wir diese Betriebe und die Menschen dahinter nicht unterstützen, werden wir sie unwiederbringlich verlieren. *////*

Fleischskandal und globaler Handel

In Brasilien ist im März ein Fleischskandal aufgedeckt worden. Nach einer Fahndung wirft die Polizei mehreren Konzernen vor, vergammelte und überalterte Fleischprodukte mit chemischen Mitteln wieder ansehnlich gemacht und auf den Markt gebracht zu haben. Einer Mitteilung des Auswärtigen Amtes ist zu entnehmen, dass die EU-Kommission von diesem Gammelfleischskandal erst aus der internationalen Presse erfahren hat und nicht von dem Handelspartner Brasilien. Erst danach konnte die EU mittels entsprechender Kontrollen und Importstopps handeln. Brasilien gehört zu den sogenannten Mercosur-Staaten (Argentinien, Paraguay, Uruguay, Venezuela), mit denen die EU über ein umfassendes Freihandelsabkommen verhandelt. Vom 20. bis 24. März fand eine Verhandlungsrunde in Buenos Aires statt. Die nächste ist für den 3. bis 7. Juli in Brüssel geplant und dann im Oktober wieder in Brasilien. Die Fleischindustrie wünscht sich von der EU eine zollfreie Importquote für Rindfleisch von 150.000 Tonnen jährlich und hält die zeitweilig von der EU vorgeschlagenen 78.000 Tonnen für unzureichend. *bet*

„Intensivtierhaltungsgesetz“ nicht möglich

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) ist – zumindest vorerst – damit gescheitert, durch eine Verschärfung des landwirtschaftlichen Baurechts eine Begrenzung der Intensivtierhaltung zu erreichen. Sie veröffentlichte die ablehnende Antwort des Bundeslandwirtschaftsministers. Der Gesetzentwurf sah vor, mit einer Änderung des Baugesetzbuchs Ställe ab einer bestimmten Größe generell aus der baurechtlichen Privilegierung herauszunehmen. Große Stallbauten, die auch jetzt schon einer Umweltverträglichkeitsprüfung bedürfen, benötigten dann auch die Zustimmung bzw. einen Bebauungsplan der jeweiligen Gemeinde. Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) hatte wiederholt betont, dass er derzeit keinen Handlungsbedarf sehe. Der Vorsitzende des BUND, Hubert Weiger, bezeichnete die Blockade des Gesetzentwurfs als „Skandal.“ Martin Hofstetter, Greenpeace Landwirtschaftsexperte, nannte Schmidt den „größten Lobbyist der Massentierhaltung“. Der CSU-Mann tue alles, „damit die Tierhaltung in Massentällen ungebremst weiter läuft“. Kommunen und Betroffene vor Ort sollen nicht mitreden dürfen. Wenn er nicht zumindest eine sinnvolle Bürgerbeteiligung ermögliche und die Umweltbelastung durch die Massentierhaltung stoppe, nehme die Unzufriedenheit auf dem Land gegen die Politik „von oben“ weiter zu. *cs*



Das Agrarbündnis in Niedersachsen, in dem gesellschaftliche Organisationen wie die AbL, Bioland, BUND, SlowFood u.a. gemeinsam agieren, überbrachte AMK-Gastgeber Christian Meyer (Grüne), einen Forderungskatalog zur Ministerkonferenz - per Tieflader und mit einer eindrucksvollen Skulptur - für eine bäuerliche, umweltverträgliche Landwirtschaft. Foto: Schievelbein

„Gute Milchpreise und frei produzieren geht nicht zusammen“

Der Niederländer Hans Geurts sieht Wachstumsdrang kritisch für Markt und Strukturen

Hans Geurts beobachtet als Milchbauer in den Niederlanden die Auswirkungen und Grenzen der Wachstumsmentalität. Er war lange Jahre Vorsitzender des Nederlandse Melkveehouders Vakbond (NMV); diese Milchbauernvereinigung ist Mitglied im European Milkboard (EMB), dem auch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und der Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) angehören.

Unabhängige Bauernstimme: Wie ist die Situation zur Zeit für die Milchbauern und -bäuerinnen in den Niederlanden?

Hans Geurts: Die Diskussionen über die Phosphatüberschüsse aus der Landwirtschaft überlagern zur Zeit alle anderen Themen. Die Grenzwerte, die wir auf EU-Ebene zugesichert haben, sind überschritten. Nun müssen wir die Einträge reduzieren, sonst fällt die Derogation weg, d. h. die von der EU genehmigte Möglichkeit, auf intensivem Grünland jährlich 250 kg Stickstoff aus Wirtschaftsdüngern statt nur 170 kg ausbringen zu können. Das wäre ein noch größeres Problem, weil wir so viel Gülle haben. Der meiste Phosphatüberschuss stammt aus der sehr intensiven, flächenarmen Schweine- und Geflügelhaltung. Da findet aber schon seit einigen Jahren keine größere Ausdehnung mehr statt. In der Milchviehhaltung hingegen wurde das Quotensystem beendet und viele Bauern sind betrieblich unheimlich stark gewachsen. Nun sollte die Kuhzahl reduziert werden, um die Phosphatmenge zu begrenzen, was einen massiven Streit unter den Milchbauern ausgelöst hat. Die einen sagten: „Wir sind gar nicht gewachsen, warum sollten wir nun reduzieren?“, andere wiederum haben viel Land und argumentierten, sie könnten ihre Gülle auf der Fläche gut verwerten, es gebe keinen Grund die Tierzahl zurückzuführen. Und diejenigen, die groß gebaut haben, weil die Zeichen der Zeit auf Wachstum standen, stellt Abstocken vor Finanzierungsprobleme.

Was sind nun die Auswirkungen auf die Betriebe?

So viel Kühe und Jungvieh wie zum Referenzdatum 2. Juli 2015 dürfen die Betriebe auch 2017 halten – ohne genug Fläche vier Prozent weniger. Das ist eigentlich etwas Gutes für die Milchbauern

in ganz Europa, dass wir hier in den Niederlanden begrenzt werden. Seit März wird die Anzahl Kühe schrittweise um 160.000 Tiere zurückgefahren. 2018 bekommen wir eine Phosphatquote. Sobald diese vergeben ist, kann sie gehandelt werden. Alle diejenigen, die gerade in größere Ställe investiert haben, wollen diese natürlich voll besetzen. Das gibt Druck auf die Phosphatrechte; die werden teuer. Andere Betriebe hören auf. Weiterer Stallneubau für große Wachstumssprünge wird fast unmöglich. Das ist völlig unrentabel wegen der Zusatzkosten durch den nötigen Flächennachweis für die Düngeverordnung und durch die Phosphatquote. Jetzt haben die wachstumsorientierten niederländischen Bauern dasselbe Problem wie bei der Milchquote, aber zusätzlich haben alle noch ein Problem mit dem niedrigen



Hans Geurts zusammen mit seiner Lieblingskuh auf der Weide

Foto: privat

Milchpreis – weil wir nur national die Phosphatmenge steuern statt europaweit die Milchmenge. Es ist eine Katastrophe. Die Niederlande haben immer für die Abschaffung der Milchquote plädiert, weil die Quotenpreise so hoch waren, höher als in anderen Ländern. Viele Bauern haben kurzfristig gedacht, sie könnten sonst alle so weit wachsen, wie sie wollen. Das funktioniert aber nicht.

Sie halten also eine Begrenzung für notwendig?

Das große Problem bei der Milcherzeugung ist, dass ein guter Milchpreis und frei zu produzieren nicht zusammengehen. Wer Geld verdient, muss Steuern zahlen. Deswegen investieren die Bauern reinkommendes Geld lieber gleich wieder. Dadurch entsteht immer neues Wachstum und das verursacht eine Überproduktion, die dazu führt, dass durch schlechte Milchpreise viele Be-

triebe aufhören müssen. Das ist eine ganz verkehrte Entwicklung.

Was spricht dafür, sich für den Erhalt der Betriebe einzusetzen?

Es gibt vielerlei Gründe, warum es besser ist, möglichst viele Familienbetriebe zu haben mit 60 bis 120 Kühen statt wenige Betriebe mit 1.000 Tieren: zuerst für die Bauern und Höfe selbst. Immer mehr Wachstum zu wollen, heißt auch, eine Bedrohung für Kollegen zu sein. Die Betriebe sind aber auch wichtiger Bestandteil der Lebendigkeit auf dem Land. Außerdem stehen die familiengeführten Milchviehbetriebe gut da bei den Bürgern. Erwünschte Qualitäten, wie z. B. Weidegang, können in diesen Strukturen noch umgesetzt werden. Was die Betriebe brau-

wenn der Milchpreis gut ist, anschließend mehr Milch gibt – dann befinden wir uns kontinuierlich in der Krise. Die zweite Möglichkeit besteht darin, dass die Molkereien ihre eigenen Mengen, zumindest vorübergehend, selbst regeln.

Das niederländische Molkereiuunternehmen FrieslandCampina hat letztes Jahr als erstes zeitweise Bonuszahlungen für reduzierte Milchlieferung eingeführt.

Sie haben das gemacht, als sie selbst die Milch nicht mehr verwerten konnten und der Milchpreis sehr niedrig war. Das System ist akzeptiert worden. Das Gute war, sie haben gezeigt, dass es möglich ist, die Produktion gezielt zu begrenzen – auch in einer großen Genossenschaft! Müssten wir nicht wegen der Phosphatüberschüsse die Kuhzahlen zurückfahren, dann hätten wir sicher schon A/B-Quoten der Molkereien, weil die nicht wüssten, wohin mit der Milch. Der Milchindustrieverband hat bei der Ausarbeitung der Phosphatquotierung in eigenem Interesse mitgearbeitet.

Welche Rolle spielen gesellschaftliche Diskussionen in den Niederlanden?

Bei uns ist der Weidegang ganz wichtig für die Bürger. Im Parlament wird sogar diskutiert, ob es Pflicht werden muss, die Kühe rauszulassen. Die Molkereien zahlen alle mittlerweile eine Belohnung von ein bis zwei Cent pro kg Milch, wenn die Kühe gemäß einem ausgehandelten Standard an mindestens 120 Tagen jeweils mindestens sechs Stunden auf die Weide kommen. Mit der Weidemilchqualität machen sie viel Werbung, weil sie sich gut verkaufen lässt. Einige Bauern stellen sich darauf neu ein und lassen ihre Kühe wieder raus – gerade auch mit dem Ende der Wachstumsmöglichkeiten vor Augen. Aber für diejenigen mit sehr großen Ställen und wenig eigener Fläche ist dieser Weg ganz unmöglich. Das zeigt deutlich, wie unflexibel sie sind.

Vielen Dank für das Gespräch! cw

Betriebsspiegel:

106 Kühe und 65 Jungtiere, Holstein-Friesian, seit 2006 Einkreuzung mit Fleckvieh für stärkere, problemlosere Kühe, 44 ha Land, davon 36 ha Grünland und 8 ha Mais. Von 3 Söhnen, Luc, Daan und Roy, hat einer Interesse am Betrieb und besucht eine Landwirtschaftsschule.

Milchbauernperspektiven

Die Milchkrise ist noch nicht überwunden, Kriseninstrument nötig

Die Mitgliederversammlung des European Milk Board Ende März in Brüssel stand nach wie vor im Zeichen der Milchkrise. Milchpreise von knapp über 30 Cent in ganz Europa reichen noch immer nicht zur Kostendeckung, von Rücklagenbildung oder gar Ausgleich der Verluste der letzten zwei Jahre ganz zu schweigen. Positiv wurde in allen Mitgliedsländern das EU-Mengenreduzierungsprogramm aufgenommen und erfolgreich umgesetzt. Es wurde deutlich, dass entgegen den Behauptungen von Bauernverbänden und Molkereiwirtschaft eine europäische Mengenreduzierung relativ leicht und unbürokratisch durchgeführt werden kann und sofort Wirkung auf den Milchpreis entfaltet. Nach dem Auslaufen dieses Programms ist allerdings eine erneute Produktionssteigerung zu befürchten. Dazu kommt noch die durch Intervention und geförderte private Lagerhaltung eingelagerte Menge von über 400.000 Tonnen Milchpulver, das nur eine begrenzte Haltbarkeitsdauer hat und bei Auslagerung den Milchmarkt noch für lange Zeit belasten wird. Der jetzige, etwas bessere Zustand ist also nach wie vor sehr labil, die Krise kann schnell wieder akut werden. Deshalb setzt das EMB weiterhin auf gesetzliche Rahmenbedingungen für ein Kriseninstrument, das auch die Deckelung der Anlieferung und eine Erzeugerumlage zur Finanzierung vorsieht. Mehrere Verbände berichteten, dass sich die Stimmung in ihren Ländern sowohl unter den Milcherzeugern als auch bei der Politik im Verlauf der Krise gedreht hat; das blinde Vertrauen in die Marktkräfte ist der Einsicht gewichen, dass im Krisenfall die Milchmenge koordiniert zurückgefahren werden muss.

Europäische faire Milch

Sehr erfreulich entwickelte sich im letzten Jahr das EMB-Projekt der fairen Milch. Sie ist mittlerweile in sechs Ländern am Start, stärkt das gute Image der Milch und der Milcherzeuger und erhöht den Bekanntheitsgrad der beteiligten Verbände. Außerdem ist die Initiative auch wirtschaftlich erfolgreich, bringt den beteiligten Milcherzeugern Mehrerlös ein und trägt nicht zuletzt durch eine Lizenzgebühr erheblich zur Finanzierung des European Milk Board bei. Somit konnte der Kassensführer von einem ausgeglichenen Haushalt und guten Voraussetzungen auch für das nächste Geschäftsjahr berichten.

Eine intensive Diskussion entwickelte sich um die Frage, wie weit sich das EMB inhaltlich breiter aufstellen soll. Zur Frage der Qualität der Milchproduktion brachte der

Vorstand den Vorschlag ein, eine Kampagne zum Thema Palmöl anzustoßen. Palmöl wird von vielen Verarbeitern benutzt, um in Milchprodukten Butterfett zu ersetzen. Dabei ist es unter gesundheitlichen und Umweltaspekten sehr bedenklich. Mehrere Mitglieder betonten, das EMB müsse sich auch zu weiteren Produktionsbedingungen der Milch positionieren, etwa zur Verwendung von Soja in Kraftfutter und generell zur Art der Fütterung. Außerdem wurde von belgischen Vertretern die Frage aufgeworfen, wie bei erfolgreicher Bekämpfung von Krisen und dem Erreichen eines guten Milchpreises ein Wachstums- und Verdrängungsprozess verhindert werden könnte. Die Großbetriebe mit billigen Arbeitskräften würden bei gutem Verdienst durch die Übernahme von Pachtflächen kleinere Kollegen von ihren Höfen drängen, so die Kollegen. Dazu kam noch die Kritik an der ungerechten Förderpolitik der EU bzw. der Einzelstaaten mit undifferenzierten Flächenprämien und falscher Stallbauförderung. Zur nächsten GAP-Reform will das EMB jetzt eine gemeinsame Position entwickeln. Die Frage der Milchqualität und die der Begrenzung von Wachstum auf Kosten anderer werden bei der nächsten Mitgliederversammlung weiter diskutiert. Erwin Schöpges, Vorstandsmitglied aus Belgien, rief abschließend zur Einigkeit auf und betonte, die Stärke des EMB beruhe gerade auf der Konzentration auf die Kernfrage des fairen, kostendeckenden Milchpreises.

Ottmar Ilchmann,
Milchbauer in Ostfriesland und
Landesvorstand AbL-Niedersachsen

Kanadische Bauern für Mengensteuerung

In den USA hat die Regierung Lösungen für ihre Milcherzeuger in der Milchkrise angekündigt. In einer Pressemeldung verweist der Vorsitzende der kanadischen Bauernorganisation NFU, Jan Slomp, darauf, dass die Milcherzeuger in den USA, aber auch in Europa oder auch in Neuseeland längst nicht mehr ihre Produktionskosten mit dem Milchgeld decken können. „In der selben Situation befanden sich auch unsere Milchbauern vor 50 Jahren“, sagt Slomp. Darauf hin sei in Kanada das Mengensteuerungssystem eingeführt worden, entwickelt von den Bauern und der Regierung. „Statt Milch zu exportieren“, sagt Slomp, „würden wir uns freuen, wenn wir diese einzigartige und erfolgreiche Milchpolitik exportieren könnten.“ Gleichzeitig warnt er davor, dass weitere Exportabsichten der Milchrisenländer nach Kanada nicht den Erzeugern zu Gute kommen und der kanadischen Milchwirtschaft schaden wird. bet

Milchrebellen vor verschlossenen Türen

Von anfangs 600 mutigen freien Milchbauern- und bauerinnen sind noch 37 übrig - sie hatten ihre Milchvermarktung selbst in die Hand genommen, bei ihren Molkereien gekündigt. Den großen Genossenschaften warfen die sogenannten Milchrebelln vor, den Milcherzeugern durch eine Vormachtstellung die Lieferkonditionen zu diktieren. Der eigenständige Handel mit der Rohware Milch gestaltete sich zäh, funktionierte aber die erste Zeit durch Exporte in Nachbarländer oder Verkäufe am Spotmarkt. Spediteure waren schwer zu überzeugen, für die Rebelln Touren zu fahren. Wirtschaftlich bergab und mit herben Verlusten einher ging es in Zeiten europaweiter Milchüberschüsse. Die Milcherzeuger bemühten sich nach und nach wieder Lieferrechte bei den Molkereien zu bekommen - mit schlechteren Konditionen als vorher. Nun steht der harte Kern der Rebelln vor geschlossenen Türen und verschränkten Armen: Offiziell hat keiner der Verarbeiter Bedarf an Milch. Überschüsse halt. Die Einigkeit verblüfft. Die Genugtuung in Aussagen von Genossenschafts- und Bauernverbandsvertretern lässt aufhorchen: die Molkereien seien schließlich jahrelang von den Rebelln bekämpft und beschimpft worden. Wo ist er, der freie Milchmarkt, mit der unternehmerischen Möglichkeit der Milchbauern ihren Verarbeiter zu wählen und zu wechseln? Stolpert anscheinend gerade blind durch Berge und Täler - vielleicht auf der Suche nach kartellrechtlicher Untersuchung. cw



Das European Milkboard - einig im Kern, mit Blick nach Brüssel

Foto: EMB

„Trump kam erst spät zur Party“

Ende März fand in Kassel die zweite große Strategie- und Aktionskonferenz des Bündnisses TTIP unfairhandelbar statt. Aus dem Bundesgebiet haben 150 ehren- und hauptamtliche Streiter für eine andere europäische Handelspolitik an diesem zweitägigen Vernetzungstreffen teilgenommen. Dass TTIP auf Eis liege und das transpazifische Handelsabkommen TPP in den USA nicht ratifiziert wurde, sei ein Erfolg der internationalen Zivilgesellschaft, sagte Melinda St Louis von Public Citizen, USA, und fügte hinzu: „Trump kam erst spät zur Party.“ Zum Ausblick sagte Georg Janßen, Bundesgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL): „Die Anti-Atombewegung wurde 2006 für tot erklärt. Aber wir leben immer noch.“ Damit schlug Janßen den Bogen zur handelspolitischen Bewegung, auf die es gerade jetzt ankomme. „Wir dürfen nicht auf die neue Bundesregierung setzen, sondern auf unsere Bewegung“, sagte Janßen. Auch außerhalb des Handelsbündnisses bewege sich viel, etwa die jährliche Großdemo des Bündnisses „Meine Landwirtschaft“, die Aktion des niedersächsischen Agrarbündnisses zur Agrarministerkonferenz im März oder die Bewegung gegen Patente. Auf der Konferenz wurde angekündigt, dass noch im April das Bündnis TTIP unfairhandelbar und der Trägerkreis der Demonstrationen „CETA und TTIP stoppen! Für einen gerechten Welthandel!“ in dem neuen „Netzwerk gerechter Welthandel“ die Kräfte der Bewegung bündeln wollen. Der Widerstand geht weiter und gemeinsame Alternativen sollen entwickelt werden. *bet*



Gemeinsam streiten für eine andere europäische Handelspolitik Foto: Hikschi

Pro-Gentechnik-Doppelstrategie

Das Bundesforschungsministerium startet eine Förderinitiative für neue Züchtungstechniken unter dem Motto „Nutzpflanzen der Zukunft“. Das Geld soll nach Angaben des Ressorts von Forschungsministerin Johanna Wanka (CDU) vor allem für Methoden wie das CRISPR/Cas-Verfahren fließen, die unter den Sammelbegriff „Genome Editing“ (deutsch: Erbgut-Bearbeitung) fallen. Ziel seien verbesserte Nutzpflanzen, „die auch unter schwierigen Standortbedingungen zuverlässig Erträge liefern oder über optimierte Inhaltsstoffe verfügen“. Bisher sind die Verfahren auf EU Ebene nicht eindeutig als gentechnische Verfahren eingestuft; darüber wird juristisch und wissenschaftlich gestritten – begleitet von handfesten wirtschaftlichen Interessen. Gentechnikkritiker betonen, dass mit den Eingriffen auf molekularer Ebene in die DNA oder die Genregulation tiefgreifende Veränderungen des Erbgutes möglich werden. Deshalb müssten unbedingt die EU-Gentechnik-Regulierungen gelten und die Verfahren einer umfassenden Risikoanalyse und -bewertung unterworfen. „Während im Bundeslandwirtschaftsministerium zum scheinbaren Dialog über die neuen Gentechniken eingeladen wird, öffnet am selben Tag das Bundesforschungsministerium die Kasse und wirft schon mal 6 Millionen Euro Förderungsgelder raus ohne dem Vorsorgeprinzip Rechnung zu tragen. Die Pro-Gentechnik-Doppelstrategie der Bundesregierung ist offensichtlich,“ so Annemarie Volling, AbL-Gentechnikreferentin. *cw*

Japanische Bauernproteste

Neue Handelsabkommen schaden Landwirtschaft

Das geplante Handelsabkommen zwischen der EU und Japan wäre das bislang größte Handelsabkommen für Japan und hätte schwerwiegende Folgen für die japanische Landwirtschaft“, sagt Shushi Okazaki vom Japan Family Farmers Movement (Nouminren). Insbesondere der Schweine- und Milchmarkt würden davon stark betroffen. Das Freihandelsabkommen zwischen Japan und der EU (JEFTA) steht unmittelbar vor der Tür – und ist nur eines von vielen geplanten bilateralen Handelsabkommen der EU in den kommenden Jahren. Mit JEFTA wollen die EU und Japan ein Zeichen gegenüber den jüngsten Präsidentschaftswahlen in den USA setzen, vermeldet der landwirtschaftliche Nachrichtendienst Agra-Facts. In einem Treffen am 21. März verständigten sich der japanische Premierminister Abe und Kommissionspräsident Junker, noch bis zum Sommer eine Einigung im Agrarbereich erzielen zu wollen. Mit JEFTA würde ein gigantisches bilaterales Handelsabkommen geboren werden. Die EU ist die größte und Japan die viertgrößte Wirtschaftsmacht weltweit, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt.

Japan droht Käseschwemme

Die japanischen Bäuerinnen und Bauern sind höchst alarmiert und kritisieren dieses Abkommen. In einem Hintergrundpapier warnt das Japan Family Farmers Movement, dass Japan durch JEFTA noch mehr Nahrungsmittel aus der EU importieren müsste. Und das Niveau sei jetzt schon hoch: Im Jahr 2015 habe Japan 826.000 Tonnen Schweinefleisch importiert, davon allein 35 Prozent aus Europa. Das japanische Hintergrundpapier verweist darauf, dass die europäische Agrarindustrie großes Interesse am japanischen Markt mit 127 Millionen Einwohnern hat. Es liegen offiziell noch keine Verhandlungsdokumente zum Marktzugang in JEFTA vor. Aber die Chefunterhändler schauen während der Verhandlungen auf fertige Vertragswerke, allen voran die Transpazifische Partnerschaft (TPP), einer der am weitesten reichenden Handelsverträge der Welt, der aber noch nicht ratifiziert ist. Und in TPP hat Japan zugesagt, jegliche Zölle für die in Japan beliebten Käsesorten Cheddar, Gouda und Frischkäse aufzugeben. JEFTA soll weit darüber hinausgehen und die EU-Kommission hat im Interesse der europäischen Milchindustrie schon eingefordert, dass Japan für 40 Prozent aller Käsesorten die Zölle auf null senken soll. Das würde die japanischen Milcherzeuger schwer treffen, analysiert das Japan Family Farmers

Movement. Es gibt auch einen Zusammenschluss zwischen japanischen Bauern und Verbrauchern, denn der Selbstversorgungsgrad mit Lebensmitteln liegt in Japan bei nur 39 Prozent. JEFTA würde die Ernährungssouveränität in Japan noch stärker untergraben.

Für die europäischen Agrarkonzerne bedeutet JEFTA ein weiteres Ventil für billige Exporte von europäischen Milch- und Fleischüberschüssen zu Preisen unterhalb der Produktionskosten. Diese unqualifizierte Öffnung von Märkten löst eine massive Preisspirale nach unten aus, sowohl durch die agrarpolitisch gewollte Exportorientierung als auch verschärft durch die geplanten Handelsabkommen, die künftig eine Marktöffnung in Europa durchsetzen sollen. Mit CETA muss die EU größere Mengen an Rind- und Schweinefleisch aus Kanada abnehmen. Schweinefleisch wird in Kanada zum Teil 60 Prozent billiger erzeugt als in Europa. Es finden intensive Handelsgespräche mit den Mercosur-Ländern statt, darunter Brasilien und Argentinien, die eine Öffnung der europäischen Märkte für südamerikanisches Rindfleisch vorsehen sollen. Noch in diesem Jahr beginnen die Handelsgespräche mit Neuseeland und Australien, die Milchprodukte nach Europa exportieren wollen. Solche neuen Handelsabkommen sollen mit den undemokratischen und viel kritisierten Instrumenten wie Investoren-Schiedsgericht und Regulatorische Kooperation ausgestattet werden. Damit können Konzerne leichter ihre Interessen an der Politik und an der Bevölkerung vorbei durchsetzen. Wichtige Verhandlungsdokumente sind nach wie vor für die meisten Politiker und für die Öffentlichkeit nicht oder nur mit großen Barrieren zugänglich.

Auf der Liste geplanter europäischer Handelsabkommen stehen viele Länder. Die europäische Landwirtschaft würde dabei auf Ebene der Bauernhöfe Federn lassen. Die kritische Auseinandersetzung um die europäische Handelsagenda geht mit Volldampf weiter, auch wenn TTIP derzeit auf Eis liegt, was ein Erfolg der deutschen und transatlantischen Bewegung gegen TTIP und Abkommen dieser Art ist. Nun gilt es, diese Arbeit fortzuführen. Dafür wird Ende April ein neues „Netzwerk gerechter Welthandel“ gegründet, in der sich die TTIP-kritische Bewegung (siehe Text oben links) zwecks weiterer Informationsarbeit und Widerstand organisiert sowie zukunftsfähige politische Forderungen erarbeitet.

*Berit Thomsen,
Internationale Agrarpolitik
Weitere Infos: www.nouminren.ne.jp/en/*

Betriebsspiegel:

Mein Wunsch-Dir-was-Hof: Gemeinschaft mit Hof, Arbeiten gleichberechtigt im Team, Solidarische Landwirtschaft, 30 bis 50 Milchschafe, Ackerbau und extensives Grünland, Gemüsebau, Backstube, Tourismus, im Süden und nah an einem Gewässer

Wie hart Kleinbäuerinnen und Kleinbauern weltweit für ihre Existenz kämpfen müssen, weil sie wirtschaftlich unter Druck stehen oder weil sie Gewalt ausgesetzt sind, das wurde mir zuletzt auf dem Global Peasants' Rights Congress in Schwäbisch Hall wieder ins Bewusstsein gerufen. Es ist so wichtig, das Verstehen von Politik nicht anderen zu überlassen und sich einzumischen. Wenn wir den Vorschlag des Weltagrarberichts in die Tat umsetzen wollen – mehr kleinbäuerliche Landwirtschaft, weil in der Vielfalt die höchste Produktivität steckt

und das größte Potential, auf Krisen zu reagieren – dann brauchen wir eine andere Agrarpolitik und viel mehr Menschen, die wieder eine Perspektive darin sehen, in die Landwirtschaft einzusteigen.

Genau wie einige meiner Bekannten und Freunde beschäftigt mich, wie mein Platz in der Landwirtschaft aussehen könnte, und dabei merke ich, dass ich mir neben einem politischen Umsteuern auch eine kritische Auseinandersetzung mit dem bäuerlichen Selbstverständnis wünsche. Ich glaube, es bedarf da einer Veränderung, wenn praktische Landwirtschaft für viel mehr junge Menschen wieder attraktiv werden soll, als es im Moment der Fall ist. Meine Frage ist, ob bäuerliche Landwirtschaft ein Beruf für Idealist*innen bleiben soll. Für mich steht fest, dass ich nur in die Landwirtschaft gehen

kann, wenn es mir auf lange Sicht gut tut. In meiner Zeit als Betriebshelferin habe ich Bäuerinnen und Bauern gesehen, die sich in der Landwirtschaft kaputtgearbeitet haben. Gelinde gesagt hat es mich sprachlos gemacht, das zu sehen. Was sind sie sich selbst wert? Ich verstehe nicht, wie die Parole lauten kann: Durchhalten, damit die Höfe bewahrt werden. Es gibt Glaubenssätze in der bäuerlichen Gesellschaft, die sich für mich ziemlich fremd anfühlen. Warum soll es normal sein, 60 bis 80 Stunden pro Woche zu arbeiten? Weil man sonst als faul gilt? Weil man sonst kein echter Bauer oder keine echte Bäuerin ist? Warum soll es normal sein, Menschen gerade einmal für den Mindestlohn (wenn überhaupt) zu beschäftigen, was in die sichere Altersarmut führt? Für mich ist das ein Zustand, der abgeschafft gehört! Er vermittelt ein

katastrophales Bild von der landwirtschaftlichen Tätigkeit. Und warum soll es normal sein, den ganzen Tag auf dem Feld oder im Stall arbeiten zu wollen? Es sollte für alle Hofmitarbeiter möglich sein, in vielfältiger Weise gefordert zu sein, z. B. an Planungen, Entscheidungen oder Teamentwicklung beteiligt zu sein, einfach mal andere graue Zellen zu nutzen als beim Unkrautjäten oder Melken. Ich finde es erstrebenswert, das Leben neben der Landwirtschaft zu genießen, wie auch immer man das für sich definiert. Am kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, mal wegfahren zu können, auch mal nur 30 Stunden in der Woche zu arbeiten und das möglichst gleichberechtigt im Team, Zeit für Familie und für Freunde zu haben und die Gesundheit im Blick zu behalten. Das Bedürfnis nach Freiheit und Leichtigkeit kann für mich nicht hoch genug bewertet werden. Gerne würde ich den Appell an die bäuerliche Gesellschaft richten: Versucht, den gesellschaftlichen Fortschritt in den sich verändernden Vorstellungen vom „guten Leben“ bei Menschen meiner Generation zu sehen. Ich wünsche mir auch, dass neue Vorstellungen von (Zusammen-)Arbeiten und Leben in der Landwirtschaft offener diskutiert und die Chancen für die Zukunft der Landwirtschaft gesehen werden.

Rebecca Simon, Kirchberg/Jagst

Bäuerliches Selbstverständnis

Anneliese, Telefon für dich!“, holt mich meine Schwiegertochter in spe vom Herd weg.

Christine Weißenberg von der Bauernstimme meldet sich am anderen Ende: „Du hast dich doch beim Jubiläumsfest der Bauernstimme auf Josef Jacobis Hof auch an der Diskussionsrunde ‚Junges Gemüse trifft alte Hasen‘ von der jungen AbL beteiligt, bei der es um Vorstellungen zur Hofübergabe ging. Könntest du nicht einmal etwas zu eurer Übergabe schreiben?“ Oh je, da habe ich mich wohl wieder etwas zu weit aus dem Fenster gelehnt.

Es ist ja sicher richtig, dass nicht überall die Hofübergabe problemlos vonstatten geht, aber die relativ negative Stimmung der alten Hasen mit vielen Bedenken war mir in Josefs Scheune doch etwas zu viel. Sicher kann man sich gegenseitig das Leben schwer machen mit Alltäglichkeiten: „Du hast dies nicht getan, jenes nicht gelassen, was wir immer schon so gemacht haben“ – und dabei das eigentliche Ziel, nämlich den Hof zu erhalten und weiterzuentwickeln, aus den Augen verlieren.

Was uns sicher sehr geholfen hat, war das erklärte Ziel aller Beteiligten, von uns Übergebern, dem weichenden Erben und auch den Übernehmern, den Hof zu erhalten und weiterzuführen.

Ebenso wichtig ist es, sich die Zeit zu nehmen und immer wieder miteinander zu reden und Probleme, die auftauchen, offen und ehrlich nicht nur zwischen Tür und Angel zu besprechen



Zur Hofübergabe

– nicht nur betriebliche Probleme, sondern auch menschliche. Das kostet sicher manchmal erhebliche Überwindung. Es ist auch nicht ganz einfach, zwischenmenschliche Unstimmigkeiten oder Verletzlichkeiten anzusprechen und auszuräumen, aber es ist für ein gutes Zusammenleben essentiell.

Da die Partnerin unseres Sohnes aus Paderborn stammt, gab es am Anfang allein schon sprachlich bedingt manches Missverständnis. Getreu dem Motto, wir können alles außer Hochdeutsch, sprechen wir unseren see-alemannischen Dialekt, der nicht überall sofort verstanden wird. Auch hier war und ist es wichtig, miteinander zu reden und zu klären. Andererseits ist es

für uns Altenteiler auch schön, nicht mehr für alles und jedes verantwortlich zu sein – wenn man weggehen will, alles vorbereiten und organisieren zu müssen, und wenn man zurückkommt, nacharbeiten und schief Gelaufenes wieder ins Lot bringen zu müssen.

Es ist für beide Seiten angenehm und entlastend, beruhigt weggehen zu können mit der Sicherheit, dass daheim alles in einigermaßen geregelten Bahnen läuft. So profitieren beide Seiten.

Gerade deshalb möchte ich meine Aussage in Josefs Scheune wiederholen und bekräftigen: Wenn die alten Hasen begreifen, dass sie ihre Höfe nicht mitnehmen können, und das junge Gemüse versteht, dass man nicht immer

jedes Rad neu erfinden muss, sondern viel Erfahrung umsonst abgreifen kann, kann eigentlich eine Hofübergabe nicht schief gehen.

Anneliese Schmech, Hagenweilerhof, Überlingen

Betriebsspiegel:

25 ha Grünland, davon 5 ha Streuobstwiese
22 ha Acker mit Luzernegras, Mais, Kartoffeln, Dinkel, Winterroggen, Klee gras, Wintergerste
4 ha Wald
30 Milchkühe, Fleckvieh
40 Jungtiere für Mast und Nachzucht
10 Hühner
4-6 Schweine pro Jahr
Biobetrieb seit 1986, Neuland Fleisch, Hofladen

„Mit dem anfangen, was da ist“

Bäuerlicher Berater informiert über erste, wichtige Schritte für Solidarische Landwirtschaft

Klaus Strüber ist Berater im Netzwerk Solidarische Landwirtschaft (Solawi). Von 2007 bis 2015 hat er den Hof Hollergraben in Schleswig-Holstein als siebte Solawi in Deutschland mit 60 bis 70 Ernteanteilen für Gemüse und Brot betrieben. Mittlerweile wird der Hof von drei JunglandwirtInnen geführt. Strüber berät Höfe, Gemüsegärtnereien und Gruppen von Menschen, die diese Wirtschaftsform lokal etablieren wollen.



Klaus Strüber

Foto: privat

Unabhängige Bauernstimme: Gibt es Voraussetzungen, die ein Hof erfüllen muss, damit daraus eine Solawi entstehen kann?

Klaus Strüber: Möglich ist alles, aber die Beteiligten müssen offen klären, was sie wollen. Die Betriebsleiter sollten sich im Klaren sein, dass sie in einer Solawi deutlich mehr mit Menschen zu tun haben werden – mit den Mitgliedern der Solawi, mit Mitarbeitern, vielleicht über Kooperationen mit Verarbeitern oder anderen Betrieben. Andererseits darf auch nicht überbewertet werden, was die Menschen vom Hof erwarten: Den meisten geht es vor allem um das Wissen, wo die Produkte herkommen, weil das im Laden trotz verschiedenster Siegel nicht mehr genau nachvollziehbar ist. Darüber hinaus gibt es meist eine kleine Kerngruppe an Menschen, die mehr wollen, sich einbringen und wertvolle Arbeit z. B. in der Koordination oder für Hoffeste leisten. Teilweise übernimmt aus diesem Kreis auch jemand die organisatorische und kommunikative Schnittstelle zwischen den Landwirten und den Solawi-Mitgliedern.

Was sind sinnvollerweise die ersten Schritte für einen Hof auf dem Weg zu einer Solawi?

Heute sollte man unbedingt den Kontakt zum Arbeitskreis Beratung des Netzwerkes Solawi suchen. Bei einem ersten, kostenlosen Telefonat geht es dann um die Menschen, ihre Vorstellungen und die betrieblichen Gegebenheiten. Als nächstes verschafft man sich vor Ort zusammen einen genauen Betriebsblick, um das Potential des Hofes je nach Standort und Situation abzuschätzen. Ein paar Zahlen, z. B. vom letzten Jahresabschluss, sind da hilfreich. Mittlerweile kann ich so innerhalb von einem halben Tag überschlagen, wie eine Solawi vor Ort aussehen könnte. Wie viele Menschen versorgt werden können, hängt davon ab, welche Erzeugnisse möglich sind – je nach Flächenausstattung, Gebäuden, möglicherweise Ställen und eventuell vorhandenen Mitarbeitern. Als unverzichtbar hat sich mit dem geringsten Flächenverbrauch Gemüse erwiesen.

Wenn sich die Menschen eines Hofes entscheiden, eine Solawi zu gründen, dann müssen sie Leute finden und für verbindliche Zusagen zur Solawi gewinnen. Dafür sind Infoveranstaltungen zusammen mit einem Netzwerkberater wichtig. Man geht miteinander in direkte Kommunikation, es können Fragen gestellt und Missverständnisse geklärt werden – das ist der Moment, in dem viele das nötige Vertrauen in die Idee bekommen und sagen: „Jetzt kann es losgehen, ich bin dabei.“

Wir als Berater helfen, aus dem, was an Möglichkeiten und Vorstellungen da ist, die Strukturen der neuen Solawi zu entwickeln. Daraus kristallisiert sich die passende rechtliche Unternehmensform – vom Einzelunternehmer bis hin zur eingetragenen Genossenschaft.

Wie gestaltet sich die Angebotspalette bei den Solawis?

Bisher gibt es einen Überhang an Gemüse, denn das ist mit wenig Kapital, auf kleiner Fläche, mit geringer Mechanisierung und auch ganz ohne Gebäude einfach umsetzbar. Weniger vertreten, aber sehr gefragt, sind die typisch landwirtschaftlichen Produkte: Milch, Fleisch, Eier oder Brot. Besondere Hygienebestimmungen erschweren die Angebotserweiterung um Verarbeitungsprodukte z. B. von Milch. Am besten ist es, das Konzept der Solawi

Solidarische Landwirtschaft

sich die Ernte teilen

ganz klein zu erproben. Aus eigener Kraft heraus, mit dem, was auf dem Hof vorhanden ist, anfangen, neue Produkte erzeugen, vielleicht Verarbeitungsschritte testen – und die Sache dann organisch entwickeln.

Die Leute zahlen Monatsbeiträge, um die Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu ermöglichen, von denen sie dann einen Anteil abbekommen. Ist es schwierig zu berechnen, wie viel Geld für den Betrieb nötig ist und was ein Anteil für die Mitglieder kostet?

Eigentlich gar nicht. Aber für die Landwirte stellt das Konzept die sonst übliche Betriebswirtschaft auf den Kopf: Die Deckungsbeitragsrechnung geht von einem irgendwie am Markt gegebenen Preis für die Produkte aus und rechnet dann zurück, ob sich das bei den anfallenden Kosten lohnt. Bei einer Solawi wird geschaut, wie viele Menschen mit verschiedenen Erzeugnissen versorgt werden können – und wie viel Geld dafür nötig ist. Bäuerinnen und Bauern fällt es sehr schwer, dafür alle Kosten inklusive Lohn anzusetzen. Die Verbraucher verstehen diese Art der Rechnung sofort; ihnen fehlt hingegen der Blick für sinnvolle landwirtschaftliche Abläufe. Da muss man zusammenkommen und klären, was machbar ist. Sehr wichtig ist dafür eine genaue Budgetplanung und ein transparenter Umgang mit den Zahlen.

Wie verbindlich ist die Verbindung der Menschen mit der Solawi? Schließlich muss der Hof sich auf diese Wirtschaftsform einstellen und eventuell einiges umstellen.

Fast alle Solawis haben eine Mitgliedschaft von einem Jahr, entsprechend einem Wirtschaftsjahr in der Landwirtschaft. Eine Fluktuation ist da. Deshalb ist es wichtig, den Ausstieg von vornherein vertraglich zu regeln. Die Hauptgründe sind meist, dass Leute wegziehen oder ihren Job verlieren. Da kann man als Hof nichts machen. Ebenso wenig in den Fällen, wo Leute sagen: „Ich schaffe es nicht, die Produkte regelmäßig zu verkochen“ oder: „Die

Solawi ist eine tolle Sache, aber ich bin der einzige in der Familie, der Freude daran hat.“ Gedanken über das Konzept der Solawi sollte man sich machen, wenn Rückmeldungen kommen, dass das Angebot nicht gefällt, die Mengen nicht stimmen oder der Weg zu weit ist.

Ein Hof ist nicht nur Betrieb, sondern auch Familienvermögen – wer entscheidet über nötige Investitionen und wem gehören Neuanschaffungen von z. B. Maschinen, Gewächshaus oder Bewässerungstechnik?

Ein Familienbetrieb kann die Entscheidungshoheit über Investitionen behalten. Die meisten werden erleichtert sein, damit nichts zu tun zu haben. Was die Leute aber interessiert, ist, wie sich das auf den Preis der Ernteanteile auswirkt. Da ist eine Modellierung notwendig, wie sich die Ausgaben durch die Abschreibungen verändern. Und wie ist der Umgang, wenn etwas wieder verkauft wird – wird es dem Guthaben der Solawi zugeschrieben und reinvestiert oder ausgezahlt? Das muss offen und fair kommuniziert werden – und diese Kultur muss sich entwickeln.

Vielen Dank für das Gespräch! cw

SOLAWI

In der Solidarischen Landwirtschaft, kurz Solawi genannt, tragen mehrere private Haushalte die Kosten eines landwirtschaftlichen Betriebs, wofür sie im Gegenzug dessen Ernteertrag erhalten. Die Landwirtschaft und nicht das einzelne Lebensmittel wird finanziert. Durch die Gründung des Netzwerkes Solidarische Landwirtschaft hat sich der Begriff in Deutschland durchgesetzt. Andere Bezeichnungen sind Wirtschaftsgemeinschaft oder das englische Community Supported Agriculture (CSA), was übersetzt etwa gemeinschaftstragene Landwirtschaft bedeutet. Mehr Informationen und Kontakt zum Beratungskreis unter: www.solidarische-landwirtschaft.de oder direkt bei Klaus Strüber: info@hof-hollergraben.de, Tel. 04528-764

Landwirtschaftliche Innovationen sind mehr denn je gefragt, weil Altbekanntes nicht mehr weiter bringt. Zu groß sind die Schwierigkeiten auf dem Acker und im Stall, im Hinblick auf Verbraucherwünsche und Umwelt. Innovationen können technische Neuheiten sein, müssen aber auch altbekanntes wie weite Fruchtfolgen oder Stroh im Stall sein, damit sich wirklich etwas verändert. Diskutiert wird derzeit viel, jetzt gilt es umzusetzen. Das können die Bauern und Bäuerinnen nicht allein, sie brauchen die Unterstützung der Gesellschaft – ideell und finanziell.



Abschied vom Ackern nach Rezept

Wie die Tierhaltung stößt auch der konventionelle Ackerbau an Grenzen

Mancherorts ist Gelb jetzt im Frühjahr das neue Grün. Allen kritischen und auch landwirtschaftlich-selbstkritischen gesellschaftlichen Tönen zum Trotz, leuchten die mit Totalherbiziden – meist Glyphosat – behandelten Äcker zahlreich gelb in der Frühlingssonne. Chemisch reinen Tisch gemacht und hinterher locker bearbeitet gibt ein wunderbar krümeliges Saatbett, ein Stück weit unabhängig vom eigentlich witterungstechnisch optimalen Bearbeitungszeitraum, warum sollte man darauf verzichten? Nur weil „die Gesellschaft“ eine neue Sau durchs Dorf treibt, kritische Geister aus der „NGO-Szene“ unbewiesene Horrorszenerarien von Krebsgefahren und Gentechnikkatastrophen aufbauen, um der Landwirtschaft immer neue regulatorische Fußfesseln anzulegen? Ein zentrales Argument der Glyphosatbefürworter ist, die Diskussion um Glyphosat sei ausschließlich eine politische, jenseits fachlicher Expertise. Horst Henning Steinmann, Wissenschaftler aus Göttingen und kein ausgewiesener Glyphosatgegner, schreibt in den DLG-Mitteilungen, es sei ebenso politisch, darauf zu beharren, dass auf Glyphosat nicht verzichtet werden könne. Natürlich könne man das, man wolle es nicht. Eine dazu passende, nicht von ihm zitierte Studie hat die vermeintliche Herzklientel der Glyphosatanwender, die pfluglos wirtschaftenden Bodenkonservierer, dazu befragt. Eine Mehrheit von ihnen sagt ebenfalls sehr wohl, dass auch ihre Form des Ackerbaus ohne Glyphosat funktioniere, mit mehr Arbeitsgängen dann eben. Wer hängt also am Glyphosat? Sind es am Ende gar nicht die leidenschaftlichen Ackerbauern, die Bodenschoner und Humuskonservierer, sondern die, die aus rein

finanziellen Gründen Arbeitskraft, Zeit, Technik und am Know-how sparen wollen und müssen? Jemand Unqualifiziertes kann auch irgendwann Stoppeln abduschen mit einem Mittel, welches billiger als der alternative Arbeitsgang des Grubberstrichs ist. Die chemische Industrie verdient, weil sie Menge absetzt. Die Landwirtschaft verliert, weil so ein konkurrenzlos günstiges System bäuerliche Betriebe kaputtmacht.

Lieblingsspielzeug

Ein Nachbar von Franz-Joachim Bienstein hat ihm mal gesagt, guten Ackerbau könne er sich nicht leisten, ein anderer, dass er von seinen knapp 4.000 ha nur 600 ha gut machen könne, die restlichen 3.000 nur irgendwie. Bienstein ist konventioneller Ackerbauer in Mecklenburg-Vorpommern und er sagt, dass er seinen Kindern noch erklären können wolle, was er mache. Deshalb macht er sich Gedanken, nicht nur über Glyphosat. „Glyphosat ist so offensichtlich überall und es ist das Lieblingsspielzeug der Gentechnikindustrie“, sagt auch Jan Wittenberg, niedersächsischer Ökobauer, der pfluglos wirtschaftet. Und es sei so einfach und billig, eben für rezeptartigen Ackerbau. Er habe auch als konventioneller Berater immer wieder Bauern erlebt, die sich das wünschen, Rezeptvorschläge. „Wir haben eigentlich den tollsten Beruf, aber ich will nicht nur mit Chemie rumhampeln“, so Bienstein. Es gehe dabei eben auch nicht nur um Glyphosat. Azole, die Pilzkrankungen bekämpften, seien gesundheitlich unter Umständen bedenklicher und mit beispielsweise einem Verbot von Wachstumsreglern ließen sich die Auswüchse eines nur

noch auf die Ökonomie ausgerichteten Ackerbaus wahrscheinlich viel besser beschränken.

Kein „Weiter so“

Ökonomisch optimierter Ackerbau kombiniert nur noch die Produktionsfaktoren der finanziell interessanten Früchte: Saatgut, Düngung, Pestizide, Wasser, auf dem Substrat Boden zum Maximaloutput am Erntezeitpunkt. Das hat lange funktioniert, gerät aber nicht nur beim Thema Glyphosat an Grenzen. Sind es dort die gesellschaftlichen Einsprüche, so spielen sich immer schneller entwickelnde Resistenzen und zunehmende Zurückhaltung bei der Politik, wenn es um die Zulassung neuer Mittel geht, eine weitere Rolle. Die Fachpresse beklagt den Ackerfuchsschwanz, der nicht nur in England kaum noch bekämpft werden kann, zu häufige prophylaktische Insektizidwendungen, die nicht nur auf resistente Blattläuse, sondern auch auf Getreidehähnchen selektieren, Fusarienzunahmen durch Maismonokulturen und Weizen-Mais-Fruchtfolgen, empfindliche Kulturpflanzen, „dünnhäutig“ durch Stickstoff, durch immer wieder frühe Herbstsaat, gut genährte Schädlinge und Krankheiten. „Neue Chemie ist nicht die Lösung“, sagt Bienstein, „das wissen inzwischen auch die Intensivberater.“ „Wir brauchen den Abschied vom System“, folgert Wittenberg, „runter mit der Intensität auf dem Acker, hin zu mehr Intensität im Kopf, für nachhaltigen, naturverträglichen Ackerbau, weg vom äußeren Wachstum über Pachtpreise, die niemand mehr erwirtschaften kann, großer Technik, großen Flächen, einer Arbeitswirtschaft, die in der Vier-Wochen-Saison den ganzen Erlös des Jah-

res erwirtschaften muss, mit Menschen, die einen Hungerlohn dafür erhalten, dass sie das Denken abstellen.“ Wittenberg sagt, es gebe nicht das eine Rezept, es gehe darum, Ideen zu entwickeln, die zur individuellen Betriebssystemsituation passen. Wichtigstes Merkmal sind natürlich wieder weitere Fruchtfolgen. Sie entzerren Erntezeiträume durch den Wechsel von Sommerungen und Winterungen, minimieren Krankheits- und Unkrautdruck und streuen das Risiko von Ausfällen. Leguminosen mit ihrem komplizierten System der Verträglich- oder eben Unverträglichkeiten sorgen dosiert für immense Verbesserungen. Unkräuter, auch Wurzelunkräuter lassen sich – eigentlich sieht das auch der sogenannte integrierte Pflanzenschutz so vor – erfolgreich mechanisch bekämpfen, durch waagerechtes Abschneiden, durch Wiederbeachten alter Bauernweisheiten, wie das „Ackern zu Johanni“, also eine intensive Bodenbearbeitung in der Wachstumsperiode, wo es nötig ist. Statt dem letzten noch möglichen Doppelzentner hinterherzujagen müsse es, so Wittenberg, das Wachstum nach innen geben: bessere Vermarktung, Veredelung. Der Mecklenburger Bienstein sieht viele Schwierigkeiten in den Strukturen um ihn herum begründet. Man müsse wieder Tierhaltung und Ackerbau zusammenbringen, Kreisläufe schließen, kleinere, weniger schwere Maschinen auf die Böden lassen, das reine Diktat der kurzfristigen Ökonomie überwinden und Qualitätsarbeit leisten, die sich auch finanziell rechnet. Leicht gesagt, das alles. Aber klar ist doch auch, ein „Weiter so wie bisher“ kann und wird es nicht geben, weder gesellschaftlich noch ökologisch und auch nicht ökonomisch. cs

Beschirmte Kühe und fliegende Hühnerställe

Für eine Zukunft der Nutztierhaltung mit der Gesellschaft

Der Tag des Kuratoriums für Technik und Bauwesen in der Landwirtschaft (KTBL) zur Zukunft der Nutztierhaltung in Berlin Ende März verläuft in seiner eigenen Dramaturgie. Aus der Politik in Form des landwirtschaftlichen Staatssekretärs Peter Bleser (CDU) ist zu hören, wie schwierig es doch mit der Landwirtschaft gerade sei: Existenzsorgen, Verbrauchersprüche. Die Wirtschaft, hier in Form von Sven Guericke, Vorstandsmitglied des Stalleinrichters Big Dutchman AG, machte in schmissigen Powerpointgrafiken schnell klar, dass Deutschland mit seinen vielen Auflagen und hohen Arbeitskosten doch nur ein ganz kleines Licht in der Welt der Tierhaltung sei. Allerdings: Auch woanders, zum Beispiel in den USA, beginne eine Debatte um Tierwohl, da könne es noch mal zum Standortvorteil werden, das bei uns bereits intensiver zu thematisieren. McDonalds habe gerade den Kastenstandausstieg in der Sauenhaltung verkündet. Und grundsätzlich sei es keine Frage, dass die Intensität zurückgefahren werde.

Später setzt dann Peter Spandau von der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen einen ersten dramaturgischen Höhepunkt auf der KTBL-Tagung. Auch er hantiert mit Diagrammen, die Aussagen sind einfach: Eigentlich war alle Mühe der vergangenen Jahre ökonomisch betrachtet vergebens. Leistungssteigerungen bei Parametern wie Milchleistung oder aufgezogene Ferkel und Rationalisierungsfortschritte durch die immer größeren Stalleinheiten wurden aufgefrisst durch die Kosten und – vor allem – durch die schlechten, überhaupt nicht mehr den Wert des erzeugten Produkts wiedergebenden Preise. Seine Erkenntnis: Noch mehr Rationalisierung, noch mehr Größenwachstum hat in den letzten Jahrzehnten zu nichts geführt und wird auch weiter zu keiner Verbesserung der Situation auf den landwirtschaftlichen Betrieben führen. Lange Gesichter im Publikum. Das wird nicht besser, als es im weiteren Verlauf des Programms um Ammoniakmissionen und Nitratkonzentrationen im Grundwasser geht. Wie soll es bloß weiter gehen mit der Nutztierhaltung?

Ungewöhnliche Ideen

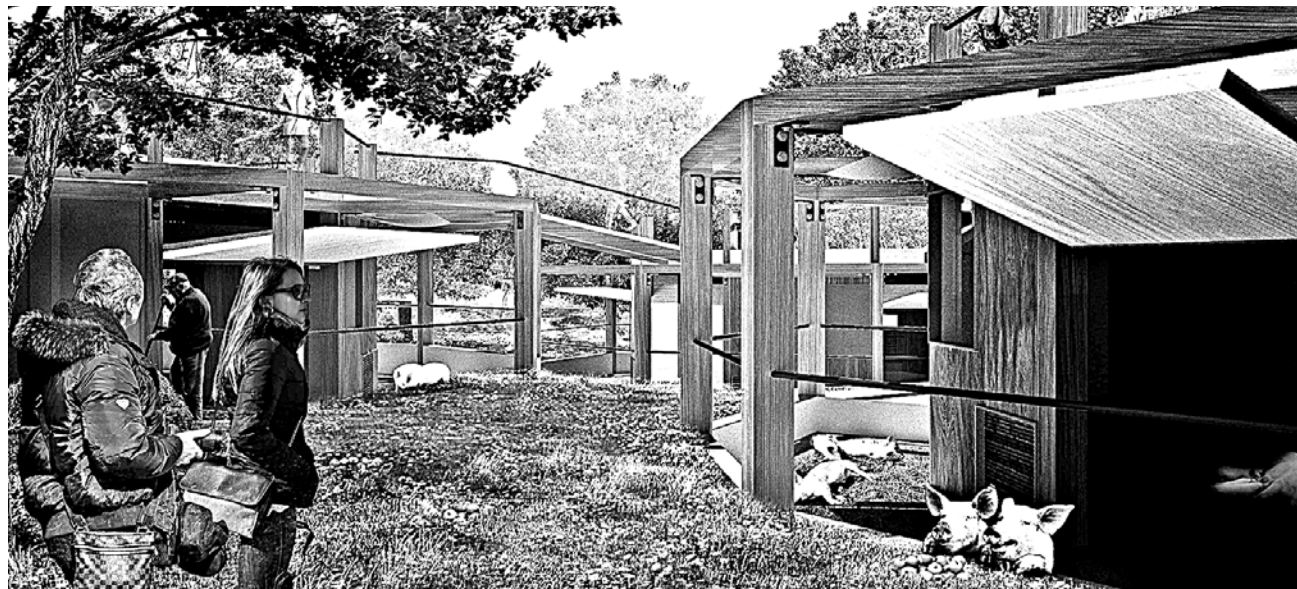
„Die traditionelle Arbeitsweise des KTBL besteht darin, offene Fragen mit bundesweit anerkannten Experten abzustimmen und zu einem gemeinsamen

Ergebnis zusammenzufassen“, steht im Vorwort des Inhaltes vom Abendprogramm. „Im Jahr 2015 begann sich abzuzeichnen, dass die Gesellschaft vielfältige Prozesse und Arbeitsweisen, die die Landwirtschaft unter dem Druck der Erzeugerpreise und dem Zwang zur Kosteneinsparung entwickelt hatte, grundsätzlich in Frage stellt. Gleichzeitig erwies sich die Branche auf der Suche nach neuen Wegen, beispielsweise im Stallbau, als nicht besonders einfallsreich.“ Es gehe darum, mit weniger Scheuklappen einen Blick auf die Nutztierhaltung zu werfen, befand der frisch gekürte neue Präsident des KTBL, der Kieler Agrarprofessor Eberhard Hartung. Aus dieser Haltung erwachsen war ein Wettbewerb, in dem das KTBL mit Architekturakademien in Braunschweig, Kaiserslautern, München und Weimar Stallbaukonzepte für jeweils 150 Kühe, 1.000 Mastschweine und 6.000 Legehennen von den Studierenden entwickeln ließ. Obwohl nur wenige Studierende bislang Berührung mit der Land-

Beirats des Bundeslandwirtschaftsministeriums, der vor zwei Jahren die (Wieder-)Erzielung gesellschaftlicher Akzeptanz für die Nutztierhaltung durch zum einen artgerechte Haltungsverfahren mit verschiedenen (Außen-)Klimareizen, Funktionsbereichen und mehr Platz sowie zum anderen durch mehr Transparenz und Offenheit den Verbrauchern gegenüber niederschrieb. Es ging auch um noch mehr: KTBL-Architektin Barbara Meyer beklagt in der Dokumentationsbroschüre zum Projekt, dass eine grundlegende Bauforschung im landwirtschaftlichen Bereich kaum noch vorhanden sei und damit Zusammenhänge verloren gegangen seien, die ehemals bedeutsam waren. Beispielsweise finde darüber, dass „diese Gebäude auch Teil einer Kulturlandschaft sind, keine Auseinandersetzung statt. Diese Bauten werden aber wahrgenommen und sie zeigen genau das, was sie beinhalten: eine Produktion, die darauf ausgelegt ist, auf niedrigem Preisniveau vermarktet zu werden. Die mangelnde Wertschätzung

nalität eine Rolle bei der Prämierung gespielt habe. Dafür waren alle Teilnehmer am Wettbewerb vom KTBL zu einem Workshop auf eine landwirtschaftliche Lehr- und Versuchsanstalt eingeladen worden, um Grundlagen in Sachen landwirtschaftlicher Tierhaltung vermittelt zu bekommen. Was dann am Ende an Wettbewerbsbeiträgen eingereicht wurde, war ein bunter Blumenstrauss an innovativen Konzepten. Auffällig viele sind einfach und sehr offen für den Betrachter gehalten. Zufällig dritteln sich die Beiträge auf die drei Tierarten, grundsätzlich merkte Jurymitglied Gräwe an, dass die Kuh- und Schweineställe vielleicht etwas gewagter daherkämen als die meisten Hühnerställe, die eher entlang der vorhandenen Konzepte entstanden waren.

Bei den Kühen ging der erste Preis an zwei junge Frauen von der Technischen Universität in Braunschweig, die eine Art variables Schirmsystem aus Holzelementen entwickelt hatten. In den Stützen der in unterschiedlichen Winkeln gestellten Schirmelemente transportiert ein automatisches Futtersystem Futter in Rund-



Innovative Ideen für Schweine (hier der Gewinnerstall) des KTBL-Wettbewerbs...

wirtschaft hatten, war das Interesse an dem Projekt groß. Vielleicht weil es ein eher wachsendes Interesse der Gesellschaft an dem elementaren Thema gibt, wie unsere Lebensmittel erzeugt und damit auch, wie unsere Nutztiere gehalten werden. Und vielleicht auch, weil Architekturstudierende umso mehr wahrnehmen, dass genau das eben heutzutage häufig in ästhetisch wenig ansprechenden und dem Verbraucher kaum Zugangsmöglichkeiten bietenden Zweckbauten geschieht. Dem Wettbewerb zu Grunde lagen die Empfehlungen des wissenschaftlichen

lässt sich also unmittelbar an der Gebäudehülle ablesen.“

Innovativer Blumenstrauss

Am Abend der KTBL-Tagung in Berlin wurden nun die besten der „Visionen, die ein Neuanfang sein sollen“ – so die Arbeitsbeschreibung des Wettbewerbs – prämiert. Jurymitglied Christina Gräwe von der „Kuratorenwerkstatt“ verwies darauf, dass neben der artgerechten Haltung, der Transparenz und dem Sicheinfügen in die Landschaft an einem real ausgewählten Standort in der Nähe eines Hofes am Ammersee auch die Funktio-

umtröge, beschirmt werden Liege und Laufflächen, gemolken wird mit Robotern. Wege erschließen für Bauern und Besucher das offene, flexibel erweiterbare Freiluftsystem, das von oben fast ein bisschen wie eine Installation des Künstlers Christo anmutet. Holz, Luft und Licht dominieren auch bei den Beiträgen auf den weiteren vorderen Plätzen, eine besondere Anerkennung erhielt eine sehr minimalistische Konstruktion eines Münchner Studenten von überdachten Liegeplätzen in einer langen Reihe, die

Leguminosen mit oder ohne Pestizide

Wie geht es weiter auf den Greeningflächen?

Bereits Anfang des Jahres wurde die Revision der EU-Greening-Verordnung dem Ministerrat und dem Europaparlament „überstellt“. Diese hatten nun innerhalb der zweimonatigen Einspruchsfrist die Chance ihr Veto einzulegen, d. h. die gesamten Rechtsakte vollkommen abzulehnen, konnten jedoch keine Änderungsvorschläge mehr einbringen. Knackpunkt ist das Verbot von Pflanzenschutzmitteln auf ökologischen Vorrangflächen (ÖVF), das heißt auch auf grobkörnigen Leguminosen wie Ackerbohnen, Erbsen oder Sojabohnen. Erklärtes Ziel des irischen EU-Agrarkommissars Phil Hogan und „seiner“ EU-Kommission ist es unter anderem mit dieser Maßnahme, die Glaubwürdigkeit der Greeningmaßnahmen allgemein zu

verbessern. Auch deshalb soll nun auch der Gemengeanbau von Leguminosen und Gräsern, also Klee gras auf ÖVF zugelassen werden. Der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln passe nicht zu ÖVF, so Hogan, es gehe um die Umweltambitionen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Ab 1. Januar 2018 sollen die neuen Regelungen gelten. Auf Zustimmung treffen die geplanten Einschränkungen beim Europaabgeordneten Martin Häusling. Der Einfluss auf die heimische Eiweißproduktion sei gering, erklärte der Grünen-Politiker, da der Anteil des Anbaus von Körnerleguminosen auf ÖVF vergleichsweise niedrig sei. Dagegen kritisierte der CDU-Europaabgeordnete Dr. Peter Jahr die vorgesehenen Auflagen. Er beklagt, dass dadurch der

heimische Eiweißanbau entscheidend geschwächt würde.

Mechanik möglich

Gerade in den vergangenen Jahren war eine deutliche Zunahme des Anbaus vor allem von Grobleguminosen festzustellen – zugeschrieben wurde dies vor allem den eingeführten Greeningauflagen, speziell der Möglichkeit diese auf ÖVF anbauen zu können. Wenn der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln auf Greeningflächen zukünftig verboten werden sollte, müssen konventionell wirtschaftende Leguminosenanbauer entscheiden, ob sie hoffen, dass eventueller Schädlingsdruck und Beikrautbesatz keine allzu großen Beeinträchtigungen mit sich bringt, oder ob sie den

Leguminosenanbau trotz guter Vorfruchtwirkung einstellen. Wer langfristig Leguminosen ohne Pflanzenschutzmittel anbauen will, wird sich intensiver mit der mechanischen Unkrautbekämpfung und seiner Fruchtfolge auseinandersetzen müssen. Für die vorbereitende – pfluglose – Bodenbearbeitung sind neben einem horizontal abschneidenden Grubber eine sehr exakte Drilltechnik sowie ein mehrmaliger Einsatz von Striegel und Hacke notwendig. Über den Einsatz all dieser Geräte möchten wir vom EFN bei unseren Feldtagen informieren.

Anika Berner,
AbL-Projekt Eiweißfutter
aus Niedersachsen (EFN)

Nähere Infos siehe Seite 22



...wie auch für Kühe (auch hier der Erstplatzierte)... ..

Bündnis präsentiert Weidemilchlabel

Anlässlich des ersten Weideaustriebs 2017 auf dem Hof Hanken in der niedersächsischen Wesermarsch hat am Sonntag, dem 23. April, ein breites Bündnis verschiedener Organisationen das neue Gütesiegel „Pro Weideland – Deutsche Weidecharta“ vorgestellt. Niedersachsens Landwirtschaftsminister Christian Meyer enthüllte das Label und gab den Startschuss für die Vermarktung. Ab Montag, dem 24. April, wird das Label erstmals auf Milchprodukten im Handel sein. Träger des Labels ist das Grünlandzentrum Niedersachsen/Bremen e.V. In Zusammenarbeit mit Landwirtschafts-, Umwelt- und Tierschutzverbänden, Wissenschaft und Politik wurden in den letzten drei Jahren Kriterien für Weidemilch- und Weidemilchprodukte erarbeitet: Die Milchkuh steht an mindestens 120 Tagen für minimal 6 Stunden auf der Weide; pro Milchkuh müssen insgesamt 2000 Quadratmeter Grünland vorhanden sein. 1000 Quadratmeter Grünland stehen jeder Milchkuh in Hofnähe für die Beweidung zur Verfügung; eine ganzjährige Bewegungsfreiheit ist zu gewährleisten; die vorzuhaltende Fläche ist als Dauergrünland definiert, die Fütterung ist gentechnikfrei. Das Label kennzeichnet die entsprechenden Erzeugnisse und soll dazu beitragen, die Weidehaltung zu erhalten. Beigetreten sind der Charta auch die Länder Bremen und Schleswig-Holstein. cw

Fortsetzung von Seite 12

vor allem durch ihre Einfachheit besticht. Auch der Gewinnerstall im Schweinebereich, von einem angehenden Architekten aus Braunschweig, ist aus der Luft betrachtet eine Ansammlung runder Objekte, die wie in die Landschaft gestreut wirken. Sie orientieren sich am Konzept des Familienstalls, beinhalten also neben den vorgegebenen Mastschweinen auch Sauen und Ferkel. Innen im Rund befinden sich überdacht die Fress- und Liegebereiche, außen herum die eingestreuten, nicht überdachten Ausläufe mit Suhlen und Duschen. Die Flachdächer könnten begrünt oder zum Gemüseanbau genutzt werden.

Eine Münchner Studentin hingegen entwarf nach dem Vorbild eines klas-

sischen Vierseithofs ein Ensemble für die Schweine und deren Verarbeitung und Vermarktung, das Einblicke der Verbraucher ermöglicht und schon von weitem sichtbar die Ausläufe außen herum gruppiert. Sie erhielt dafür eine Anerkennung. Ebenfalls eine Münchner Studentin konzipierte den Siegerstall im Hühnerbereich, einen langen Riegel, im Querschnitt wie ein klassisches Hühnerhaus wirkend, auf Stützen hochgestellt, um unten drunter einen überdachten Auslauf zu ermöglichen. Auch bei den Hühnern erfuhren besondere Ideen eine extra Anerkennung: zum einen ein System von dreistöckigen Hühnerhäusern für jeweils 200 Hennen, die über eine Auslaufläche verteilt werden. Des Weiteren stach das Konzept von zwei ange-

henden Braunschweiger Architektinnen ins Auge, die von einem stationären Turm aus per Lastendrohne eiförmige Module für jeweils 14 Hennen zu städtischen Kleintierhaltern auf Zeit bringen. Sie beinhalten die komplette Infrastruktur für Futter, Wasser, Nester und ein ausziehbares Zaunelement, um am jeweiligen Standort einen Auslauf zu bieten. Das System „transportiere die Debatte um Tierhaltung im urbanen Raum und rücke die Notwendigkeit, sich wieder mit den Notwendigkeiten der Nahrungsmittelproduktion auseinanderzusetzen, in das Bewusstsein“, heißt es in der Laudatio.

Ein Sonderpreis ging an ein Studenten-Duo aus München. Sie hatten sich auf die Hofgebäude des am Standort vorhandenen alten Hofes be-

schränkt. Damit setzen sie ein Statement in Sachen Wachstum um jeden Preis und Diversifizierung in der Landwirtschaft. Denn in den nur wenig veränderten und um Ausläufe ergänzten Gebäuden bringen sie Milchkuhe mit Jungvieh, Mast Schweine und Legehennen mit Elterntieren unter. Entsprechend gering ist der Tierbesatz. Der abschließende Satz aus der Beschreibung dieses besonderen Ansatzes in der Dokumentationsbroschüre lässt sich eigentlich auf den ganzen Wettbewerb übertragen: „Der Beitrag steht wie ein Manifest für die aktuelle Diskussion um die Tierhaltung und bezieht eine konsequente eigenständige Position.“

cs
Die Broschüre zum Projekt „Stall der Zukunft“, gibt's hier: www.ktbl.de/shop/produktkatalog

„Zukunft für die bäuerliche Tierhaltung“

Seminar von AbL, BN und Landesnetzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Wer weiß noch, woher sein Essen stammt, unter welchen Bedingungen es produziert wurde? Besonders in den Fokus der gesellschaftlichen Kritik gerutscht sind seit einiger Zeit die Bedingungen, unter denen in Deutschland Tiere gehalten werden. Das 2014 in Bayern gegründete Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken hat sich zur Aufgabe gemacht, neue Mastanlagen und Milchviehställe oberhalb der Schwelle der Umweltverträglichkeitsprüfung zu verhindern. Doch die Menschen im Netzwerk möchten nicht nur kritisieren, sondern auch Alternativen aufzeigen und voranbringen. Zu diesem Zweck hat der Bund Umwelt und Naturschutz, unterstützt von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und dem Landesnetzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken, zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung ins Kolpinghaus in München eingeladen.

Was ist Massentierhaltung?

Dieser Begriff wird immer wieder verwendet und nur selten definiert. Das Landesnetzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken orientiert sich in seiner Grenzsetzung an den Vorgaben des Bundesimmissionsschutzgesetzes: 30.000 Mastgeflügelplätze, 1.500 Mastschweine, 15.000 Legehennen, 560 Zuchtsauen oder 600 Rinder. Neben einer klaren Abgrenzung zu Ställen, die das Bündnis ablehnt, wird auf

dem Seminar aber vor allem deutlich, wohin man will.

München artgerecht

Auf eine ganze Reihe von Erfolgen kann die Initiative Artgerechtes München verweisen. Das breit in der Gesellschaft verankerte Projekt versucht seit mehreren Jahren, die Kantinen der öffentlichen Institutionen auf den Bezug artgerecht produzierten Fleisches mit regionalen Herkünften umzustellen. Im Oktober 2016 beschloss der Stadtrat bei städtischen Empfängen nur noch Produkte aus artgerechter Tierhaltung zu verwenden. In Schulen und städtischen Institutionen starteten Pilotprojekte. Im Fokus von Artgerecht München ist jetzt das Wirtschaftsreferat, dass aufgefordert ist einen engagierten Vorschlag für die Münchner Großveranstaltungen machen, berichtet Stephanie Weigelt. Viele zehntausend Münchnerinnen und Münchner, die mehr wollen, stehen hinter der Initiative. Als zusätzliche Überzeugungshilfen hat Artgerecht München inzwischen auch wissenschaftliche Studien erstellen lassen, die belegen, dass die Mehrkosten in Kantinen unter zehn Prozent liegen. Deutliche Einsparungen wären auch im Bereich der Wasserreinhaltung zu erreichen.

Gute Preise

Dass sich eine tiergerechte Haltung auch für den Landwirt lohnt, das zeigte

der stellvertretende Vorsitzende der Neuland-Erzeugergemeinschaft Süd (EZO Süd), Hans Möhrle. Derzeit hat die EZO ca. 35 Mitglieder, die auf der Grundlage der Neuland-Kriterien, der Premiumstufe des Labels des deutschen Tierschutzbundes oder nach ökologischen Kriterien produzieren. Neben einem guten Netzwerk mit „besten Marktkenntnissen“ bietet die EZO auch eine intensive Beratung und Betreuung bei der Umstellung, z. B. der Haltung von Langschwanzschweinen. Wer mitmachen will, muss das ganz oder gar nicht tun. Teilumstellungen sind ausgeschlossen. Stroh im Liegebereich und eine Kastration unter Betäubung gehören ebenso zum Konzept wie feste Bestandsobergrenzen, ein gegenüber gesetzlichen Vorgaben circa doppeltes Platzangebot und gentechnikfreie Fütterung. Dafür winken den Mitgliedsbetrieben feste Abnahmebedingungen. Aktuell vor allem mit EDEKA, die eine Abnahme des unter der Marke Hofglück vertriebenen Fleisches bis 2025 zugesagt hat. Neben einem Grundpreis von 2,15 Euro/kg gibt es mindestens einen Aufschlag von 0,40 Euro /kg auf den üblichen Marktpreis. Diese gesicherte Abnahme zum definierten Preis ist natürlich der große Gewinn für die teilnehmenden Betriebe. Aber auch die Mehrkosten durch die Kastration unter Betäubung, den Strohbedarf, höhere Ferkelkosten (ca. 80 Euro) und vor allem den gestiegenen

Betreuungsbedarf zeigte Hans Möhrle auf. Die höheren Stallbaukosten werden zumindest zum Teil durch die bis zu 40-prozentige Förderung für besonders artgerechte Tierhaltung aufgefangen.

Schweine im Stroh

Wie Schweine im Strohstall aussehen, das zeigte der Vorsitzende der EZO, Karl Oesterle, anhand vieler Bilder bei der Vorstellung zweier Betriebe. Nachdrücklich sprach sich auch Josef Schmid, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft in Bayern, für eine Abkehr von immer größeren Ställen, Futterzukauf und der Ausrichtung an Exportmärkten aus. Vielmehr, so Schmid, müsste eine gesellschaftlich akzeptierte Tierhaltung in regionalen Kreisläufen geschaffen werden. Eine bäuerliche Landwirtschaft, die Allianzen mit vielen Teilen der Gesellschaft bildet, sei der beste Weg um zu einer naturverträglichen, regional verankerten Lebensmittelproduktion zu kommen.

Der Blick nach Norden

Aus Niedersachsen war Thomas Dosch, Abteilungsleiter „Landwirtschaft, Agrarpolitik, Agrarumweltpolitik“ im Landwirtschaftsministerium Niedersachsen, gekommen, um den Tierschutzplan Niedersachsens vorzustellen.

In der abschließenden Podiumsdiskussion, zu der sich leider kein Vertreter der CSU eingefunden hatte, zeigten sich Rosi Steinberger von den Grünen und Herbert Woerlein von der SPD entschlossen, weiterhin für mehr Tierschutz und die Unterstützung kleinerer bäuerlicher Betriebe in Bayern einzutreten. Leopold Herz von den Freien Wählern plädierte für bessere kartellrechtliche Möglichkeiten, um Erzeuger gegenüber der Handelsmacht der Lebensmittelkonzerne besser zu stellen.

Auch vor dem Hintergrund der Erfahrungen von Artgerechtes München wurde deutlich, dass es nicht genügt zu hoffen, die Politik würde von sich aus die Rahmenbedingungen ändern. Das Seminar zeigt, wie wichtig gesellschaftliche Bündnisse, das Engagement von Pionieren und Vordenkern sowie die Zusammenarbeit von Umweltverbänden mit z. B. der AbL Bayern sind, wenn bäuerliche Strukturen mit ihrer artgerechten Haltung auch in Zukunft erhalten werden sollen.



...und abgehobene eifeli-Module, die mit Drohnen in Hühnerhalter-Gärten geflogen werden, finden sich in der Broschüre zum Projekt. Fotos: KTBL

Raps von jenseits des Kanals

IGN-Bauern bauen Liniensorte aus England an

Vor zwei Jahren standen sie in England auf einem Rapsacker und diskutierten mit dem einzigen unabhängigen britischen Rapszüchter Mike Pickford. Jetzt blüht schon zum zweiten Mal seine Rapsorte „Advance“ auf Äckern von Mitgliedern der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze (IGN). Auf dem Jahrestreffen der europäischen Aufbereiterorganisationen, die sich ebenfalls gegen Nachbaugebühren wehren, seien sie damals ins Gespräch gekommen, erinnert sich Franz-Josef Dohle, Ackerbauer und Milchviehhalter aus dem Sauerland. „Er sagte uns damals, wir könnten Advance ohne Nachbaugebühren nutzen.“ Pickford habe ein Interesse daran gehabt, seine Sorte, die er ohne einen großen Firmenapparat dahinter gezüchtet hatte, auf den Markt zu bringen, ergänzt der rheinische Ackerbauer Gerhard Portz, der damals auch dabei war. Außerdem habe der Züchter betont, dass seine Kosten sich eben sehr wohl auch durch die einmaligen Lizenzgebühren beim Verkauf von Saatgut abgelten ließen. Hier spiele seine Eigenständigkeit eine Rolle, die ihn eine Sorte günstiger entwickeln lassen könne als große Züchterfirmen. Auch dass Pickford mit Advance bewusst eine Liniensorte und keine Hybride zur Verfügung stellte, ließ Bauern und Züchter sich auf einer Wellenlänge wiederfinden. „Auf dem Markt gibt es ansonsten fast nur noch Hybriden“, so Dohle, dabei brauche es für Hybriden doch auch gute Liniensorten, warum gebe es also nicht auch davon neue auf dem Markt, fragt er rhetorisch. Dass Züchter durch Hybriden dem leidigen Thema Nachbaugebühren elegant aus dem Weg gehen können, wird sicher inzwischen nicht mehr nur eine Nebenrolle bei Züchtungsentscheidungen spielen.

Gute Ergebnisse

Dohle und Portz entschieden sich dafür, Advance auszuprobieren. Am schwierigsten gestalteten sich noch logistische Fragen, die, so fürchtet Portz, in Zukunft durch den Brexit nicht einfacher werden. Bei den Bauern und Bäuerinnen in ihrer Umgebung sei mehr Interesse da gewesen, als sie Saatgut bekommen konnten, auch im vergangenen Herbst gingen Interessenten leer aus. Bei Dohle wächst dieses Jahr erstmals nachgebauter wie auch neu gekaufter Raps der Sorte. Er ist gespannt, ob es Unterschiede gibt. Mit den Ergebnissen des ersten Jahres sind die beiden Bauern sehr zufrieden. Obwohl es ein nasses und damit schlechtes Rapsjahr gewesen sei, sagt Portz, habe er ohne viel Aufwand über 30 Doppelzentner geerntet, Dohle über 50 Doppelzentner. Auch der Ölgehalt stehe etablierten Sorten

Monokultur in der Chemieszene

„Für Bäuerinnen und Bauern bedeutet der Zusammenschluss von Bayer und Monsanto – ebenso wie ChemChina-Syngenta und Dow-DuPont – eine verringerte Auswahl an Saatgut und Pestiziden, höhere Preise, weniger Innovation auf den Märkten und größere Abhängigkeiten“, das schrieb die AbL ans Bundeskartellamt. Zum Einen im Hinblick auf die geplante Fusion von Bayer und Monsanto, aber auch im Hinblick auf die beiden bereits weitgehend laufenden Zusammenschlüsse zwischen den anderen großen Playern ChemChina und Syngenta sowie Dow und DuPont. Der Präsident des Bundeskartellamts antwortete, dass er nicht zuständig sei, da es sich um eine multilaterale Fusion handele und zudem bestimmte Umschwellen überschritten werden, so dass die EU-Kommission in der Sache entscheiden müsse. Man begleite als Bundeskartellamt lediglich. Oxfamexpertin Marita Wiggerthale schreibt in einem Kommentar anlässlich der Hauptversammlung der Bayeraktionärsversammlung am 28. 4.: „Falls die Kartellbehörden der Fusion zustimmen, entsteht der größte Saatgut- und Pestizidhersteller der Welt. Baysanto würde 30,1 Prozent des kommerziellen Saatgutmarktes und 24,6 Prozent des Pestizidmarktes kontrollieren. Es ist aber nicht die einzige Fusion im Saatgut- und Pestizidbereich: ChemChina will Syngenta und DuPont will Dow übernehmen. Zusammen könnten die „Big Three“ 60 Prozent des kommerziellen Saatgut und 70 Prozent der Pestizide kontrollieren.“ Aus Bauernsicht ist der derzeitige Konzentrationsprozess nicht nur aus wettbewerbsrechtlichen Gründen für den Saatgut- und Pestizidbereich zu kritisieren sondern auch, weil dadurch die Digitalisierung bzw. die auch dort stattfindenden Konzentrations- und Monopolisierungsprozesse vorangetrieben werden. Zudem ist die Frage zu stellen, so die AbL in ihrem Brief ans Bundeskartellamt, was denn eigentlich Innovation im Ackerbau ist. „Für einen nachhaltigen, umweltfreundlichen und gesellschaftlich akzeptierten Ackerbau sind 3-4 Hauptkulturen (Weizen, Raps, Mais), eingeeengt auf wenige Eigenschaften und Ausgangslinien das Gegenteil von Innovation!“ cs



Auch der Raps aus England hat schon geblüht...

Foto: Redisu/pixelio

in nichts nach. Befürchtungen hatte Dohle in der Frage der Winterhärte, da es in der Züchterregion in Südeuropa mildere Winter gebe als zumindest im Sauerland. Ein echter Belastungstest waren da die zwei zurückliegenden Winter noch nicht, diese hatte der Raps allerdings sehr gut gemeistert. Advance ist eine frühe Sorte und hilft damit Erntespitzen zu entzerren. Alles in

allem sind die IG-Nachbau-Bauern zufrieden mit den ackerbaulichen Erfahrungen und freuen sich darüber, einen unabhängigen Züchter zu unterstützen und gleichwohl frei nachbauen zu können. Es braucht allerdings langfristig den Aufbau einer besseren Beschaffungs- und Vermarktungslogistik für das Saatgut, darin sind sich beide einig. cs



Open-Source-Saatgut

Open-Source-Saatgut als Ausweg aus immer restriktiverer Lizenzierung und Patentierung von landwirtschaftlichen Nutzpflanzen wird immer stärker in der Öffentlichkeit diskutiert. Nun stellte ein Bündnis aus Vertretern gesellschaftlicher Organisationen, Wissenschaftlern und Juristen eine erste Tomatensorte vor. Die Idee ist, die neu gezüchtete Sorte mit ihren genetischen Informationen öffentlich zu machen. Ist alles in einer öffentlichen Datenbank nachlesbar, kann es nicht mehr von anderen patentiert werden. Die Daten sind für Weiterzüchtungen nutzbar mit der Verpflichtung, auch dann wiederum die Produkte nicht patentieren zu lassen. Allerdings lassen Open-Source-Lizenzen Nutzungsvereinbarungen zu, so wie z. B. im Software-Sektor. Im Idealfall wird Saatgut zum Allgemeingut und nicht länger nur Privatbesitz einzelner Konzerne. cs

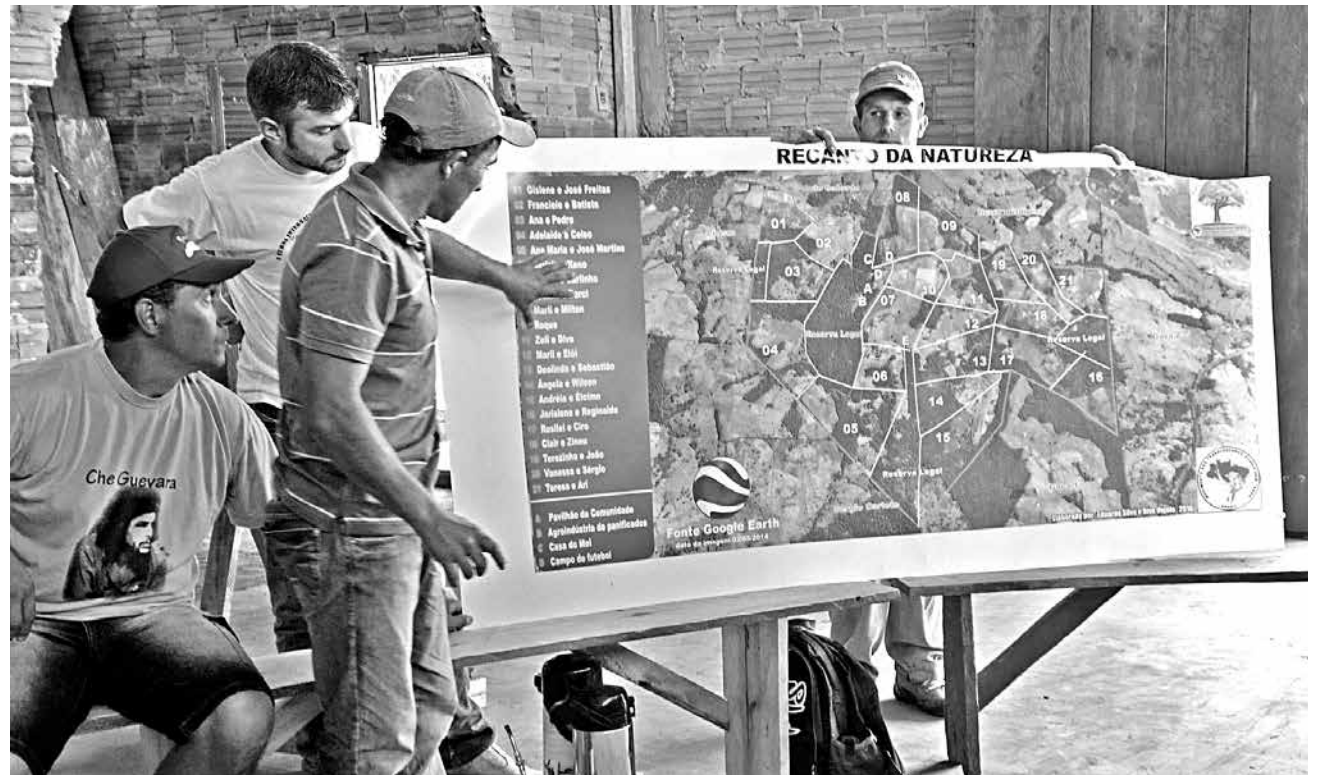
Kampf um's Land und zivile Kräfte

Eindrücke aus Brasilien

Zwei Wochen lang reiste ich als Teilnehmer der Studienreise „Zwischen Bioanbau und Gentechnik“ 2016 durch Südbrasilien, um die Landwirtschaft im Bundesstaat Paraná kennen zu lernen. Schnell zeigte sich, dass es nicht nur um dortige Anbaumethoden ging, sondern auch um die Frage der Landverteilung. In Paraná, das topographisch eher hügelig ist und in dem für brasilianische Maßstäbe kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe überwiegen, ist die Größe und Weite Brasiliens nur zu erahnen. Die Unterschiede in den Betriebsgrößen sind immens. So kann Großgrundbesitz mehrere tausende bis zu 100.000 Hektar umfassen, während wir im Gegensatz dazu auch Kleinbauern mit Betrieben um die 15 Hektar kennen lernten. Nach geltender Definition ist in Paraná Kleinbauer, wer einen Betrieb unter 72 Hektar bewirtschaftet.

Die Größe der Betriebe, vor allem großer Betriebe, ist nicht alleinig historisch bedingt, sondern kann auf der Urbarmachung weiterer Flächen oder in manchen Fällen auch auf Vertreibung beruhen. Eine der bedeutendsten Organisationen Brasiliens ist die Landlosenbewegung Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST), die für eine gerechte Landverteilung in Brasilien eintritt. Weitgehend unbekannt in Deutschland, ist die MST in Brasilien nach eigenen Angaben die größte zivilgesellschaftliche Kraft des Landes. Die Bewegung fokussiert sich im Kern auf die Organisation von Landbesetzungen, mit dem Ziel, die Umverteilung illegalen angeeigneten oder unproduktiven Lands an Landlose zu erreichen. Im brasilianischen Recht ist nämlich die Möglichkeit verankert, illegal erworbenes Land im Rahmen einer Agrarreform wieder an landlose Menschen verteilen zu können. Dasselbe gilt für Flächen, die unproduktiv genutzt werden, oder Land, das zur Zwangsversteigerung durch den Staat aussteht. Diese bestehenden rechtlichen Grundlagen würden, so die MST, von staatlicher Seite nur unzureichend umgesetzt.

Insbesondere Landarbeiter und Erben von Kleinbauern, deren Höfe bei Aufteilung der Fläche auf alle Kinder zu klein werden, finden in den ländlichen Regionen keine oder nur schlecht bezahlte Arbeit. Die Möglichkeit, wenige Hektar eigenes Land zu bewirtschaften, kann für diese Menschen die Lebensgrundlage ihrer Familien verbessern, absichern und verhindern, dass sie in die Slums der



Gemeinsam erstellter Plan zur Aufteilung der Siedlungsfläche Recanto da Natureza

Foto: Gottfried Bilke

Großstädte abwandern müssen. Bevor Land besetzt werden kann, muss recherchiert werden, wo Land ist, das die Voraussetzungen der Agrarreform erfüllt. Die MST unterstützt landlose Menschen bei der Vorplanung und der Organisation der Anfangszeit einer Besetzung sowie bei der juristischen Vertretung. Vor allem in der derzeitigen politischen Situation ist die Arbeit der MST konfliktreich oder sogar gefährlich.

Land besetzen

Eine Landbesetzung beginnt mit der Ankunft auf LKWs in der Nacht, je nach Größe des Landes mit hundert oder gar tausend Menschen, nicht selten ganze Familien. Die MST stellt den meist Unerfahrenen Menschen an die Seite, die bereits Erfahrungen mit Landbesetzungen gemacht haben. Jeder wird umgehend in den Aufbau der Siedlung eingebunden und arbeitet in Gruppen am Aufbau von Strukturen für die Siedlung und das Zusammenleben mit. Daneben baut jede Familie ihr Haus (anfangs meist Zelte aus Plastikplanen). Offiziell ist das brasilianische Ministerium für Landreform (INCRA) dafür verantwortlich, diese Menschen mit Lebensmitteln zu versorgen und den Zugang zu Schulen zu gewährleisten. In den von uns besuchten Siedlungen berichteten die Menschen allerdings von einer verspäteten, unregelmäßigen oder eingestellten Versorgung. Sie waren auf Sachspenden anderer Organisationen oder ihrer Familie angewiesen bzw. mussten außerhalb der

Siedlung Geld verdienen. Der Aufbau von Schulen wird als eines der wichtigsten Anliegen angesehen. Oftmals beginnt der Unterricht, obwohl es noch an der notwendigen Einrichtung fehlt.

Strenge Regeln, wie absolutes Drogenverbot, die Pflicht zur Mitarbeit, Disziplin, etc. sind in der Anfangszeit unabdingbar. Neben der Organisation in der Siedlung, die aus bis zu mehreren tausend Familien bestehen kann, dienen die strengen Regeln auch deren Schutz. Nicht selten kommt es, vor allem am Anfang, zu gewaltsamen Stürmungen oder Vertreibungsversuchen durch angeheuerte Bewaffnete oder die Polizei. Auch in den Wochen unseres Aufenthalts kam es zu Konflikten und einer spürbaren Anspannung in der gesamten Region.

Nicht selten vergehen Jahre oder Jahrzehnte, bis die gerichtlichen Verfahren abgeschlossen sind und die Teilnehmer einer Landbesetzung den Titel über das Land bekommen. Die Flächen, die jeder Familie in den besuchten Siedlungen zugesprochen wurde, lag meist unter 15 Hektar. Neben Befürwortern gibt es in Brasilien auch Stimmen, die Landbesetzungen als unrechtmäßige Bereicherung ansehen.

Trotz der Unterschiedlichkeit der besuchten Siedlungen, so mein Eindruck, gibt es offenbar keinen von der MST festgeschriebenen „Ablaufplan“ oder ein vorgegebenes Entwicklungsziel. Vielmehr übernehmen die Familien mehr und mehr Verantwortung und gestalten die Entwicklung der Siedlung selbst.

Dazu gehört auch das soziale Miteinander und wie sie das Zusammenleben und -arbeiten untereinander gestalten möchten. Während die Menschen einer Siedlung vor allem die Verarbeitung von Lebensmitteln als gemeinschaftliche Aufgabe betrachteten, die Bewirtschaftung nach agrarökologischen Ansätzen und ein „sich umeinander kümmerndes“ Zusammenleben beschrieben, setzten die Betriebe einer anderen Siedlung auf Wachstum mit konventionellen Anbaumethoden, gentechnisch verändertem Saatgut und Produktionssteigerungen im Milchviehstall. Wahrscheinlich auch aufgrund fehlender finanzieller Mittel und der relativ geringen Betriebsgröße produzieren viele Landwirte neben dem, was ihre Familien brauchen, Gemüse und Obst für den lokalen Markt. Bleibenden Eindruck hinterließen die Menschen. Die Art und Weise, wie sie uns willkommen hießen, bewirteten und ihre Geschichte erzählten, aber auch ihre Entschiedenheit und der Stolz auf bereits Erreichtes waren immer spürbar.

Letztlich konnte während der Reise nur ein kurzer Einblick gewonnen werden und es gibt viele weitere Entwicklungen, die die MST als Organisation in den letzten Jahren erreichte, die ebenfalls eine Reise wert wären, wie zum Beispiel landwirtschaftliche Fachschulen, die Zusammenarbeit mit Unis bei Lehrplänen, Stipendien für ausländisches Studium und vieles mehr.

Lisa Dittmann,
Brasilienreisende

Prost Protest!

Patente auf natürlich entstandene Eigenschaften von Braugersten erteilt

Der Frühling ist da, bald öffnen die Biergärten. Aber ein kühles, politisch korrektes Pils ist nicht immer leicht zu finden. Der Biermarkt ist hart umkämpft. Der Branchenprimus Anheuser-Busch InBev kommt aus Belgien und führt die Rangliste mit über 20 Prozent des Weltmarktanteils an, gefolgt von SAB Miller aus Großbritannien. Die beiden fusionieren und müssen aufgrund ihrer dann erreichten Größe einzelne Unternehmensteile verkaufen. Auf Platz zwei rückt dann Heineken aus den Niederlanden und auf Platz drei Carlsberg aus Dänemark. Es herrschen also ähnliche Strukturen wie im Lebensmitteleinzelhandel: wenige Große, die einen hohen Anteil am Gesamtumsatz haben. „Allerdings gibt es anzahlmäßig auch noch eine große Vielfalt an Brauereien, alleine in Bayern über 600 Braustätten“, erklärt Susanne Horn, Geschäftsführerin des Bio-Getränkepioniers Neumarkter Lammsbräu. Diese vorhandene Vielfalt nehme gerade sogar zu, so Horn und nennt die Craft-Beer-Bewegung oder den Trend zu besonderen Qualitätsbieren. „Die Konsumenten lernen wieder die Biervielfalt zu schätzen“, kommentiert Horn. Aber es gibt auch dunkle Wolken am Himmel eines differenzierten Biermarktes. Heineken und Carlsberg haben drei Patente auf Braugerste angemeldet und 2016 auch erteilt bekommen. Auf die Aufforderung der Koalition „No patents on seeds“, die Patente zurückzunehmen, teilten sie in einem Brief mit, dass es ihnen mit den Patenten nicht um das Blockieren von

Dritten gehe, sondern darum, „rechtliche Möglichkeiten zu haben und einen Return on Investment zu ermöglichen, wenn diese Gerstensorten Dritten zur Verfügung gestellt werden“.

Würzkochen

Worauf sind nun die jüngsten Patente erteilt worden? Ein Patent ist auf „Getränke aus Gerste und Malz mit niedrigem Gehalt an Dimethylsulfid“ (EP2373154) erteilt worden, ein anderes auf „Gerste mit reduzierter Lipoxygenase-Aktivität und ein damit hergestelltes Getränk“ (EP2384110). Beide Eigenschaften sind wichtig für den Brauprozess. Die reduzierte Lipoxygenase-Aktivität führt zu einer verbesserten Geschmacksentwicklung und Schaumstabilität. Dimethylsulfid (DMS) bzw. ein DMS-Vorläufer muss im Brauprozess aus dem Malz ausgetrieben werden, beim Kochen. Wenn das nicht vollständig gelingt, hat das Bier einen Fehlgeschmack, der später nicht mehr aus dem Bier zu entfernen ist. Wenn weniger DMS-Vorläufer im Malz ist, kann die Kochzeit reduziert und so Energie eingespart werden. „Das Würzkochen ist der energiereichste Schritt im Brauprozess, vier bis sechs Prozent des Wassers müssen verdampfen, um die Stammwürze einzustellen und ungewollte Stoffe auszubringen“, so Braumeister Sebastian Wedekind vom Verband Private Brauereien Bayern. Das dritte Patent ist auf „Energiesparendes Brauverfahren“ (EP2575433) erteilt worden. Wedekinds

Chef, Rechtsanwalt Oliver Dawid, lehnt Patente auf Lebensmittel ab. „Auf Grundnahrungsmittel sollten keine Patente vergeben werden. Wenn sich hier einzelne Firmen geistige Eigentumsrechte auf Grundbausteine der Ernährung sichern, ist das hochproblematisch“, so Dawid. Generell würden Patente darauf abzielen, sich über Lizenzgebühren wirtschaftliche Vorteile zu sichern. Ob die nun patentierten Braugersten tatsächlich zum Einsatz kommen und wie die Patentinhaber beispielsweise höhere Preise oder eingeschränkten Zugriff auf das Zuchtmaterial durchsetzen, werde sich am Markt zeigen. Zur Patentpolitik gehöre es ja, andere von Neuentwicklungen auszuschließen, zum Beispiel bei technischen Verbesserungen wie energiesparenden Brauverfahren. „Durch Patente können Mitbewerber faktisch von Innovationen ausgeschlossen werden, oder aber es werden die Konditionen diktiert, wann zu welchen Bedingungen die Bauern Saatgut bekommen, wer anbauen darf, womit weiter gezüchtet werden darf, zu welchen Preisen etc. Bei technischen Erfindungen ist das auch okay, aber Patente auf Lebensgrundlagen sind eine gefährliche Angelegenheit“, so Dawid. Ähnlich sieht es Josef Jacobi, Braugerstenvermehrter aus Borgentreich-Körbecke: „Patente verstärken die Konzentration. Züchter oder Brauer haben keinen – oder nur bedingten – Zugang und können positive Eigenschaften nicht – oder nur unter Auflagen – nutzen. Wenn Brauereikonzerne Patente auf Saatgut haben, dann haben sie die ganze Erzeugung vom Saatgut bis zum Brauprozess unter Kontrolle.“

Unproblematisch

Tatsächlich haben Brauereikonzerne schon in der Vergangenheit Patente auf Braugerste erteilt bekommen. Gerstenzüchter Alexander Strube von Saatucht Ackermann sieht das – zumindest für den Gerstenmarkt – unproblematisch. So haben ihm zufolge mehrere Gerstenzüchter mit Carlsberg und Heineken Lizenzverträge auf ein Patent auf das „Nullox 1 Gen“ ausgehandelt. Strube verfolgt die Patentdiskussion und kritisiert, wenn Konzerne Patente als Marktbeherrschungsmittel nutzen, um andere auszustechen. Aber bei den Bierpatenten sei das anders. „Am Nullox-System können Züchter, aber auch die Brauereiindustrie teilnehmen und Lizenzverträge aushandeln.“ Dann sei das Zuchtmaterial, aber auch die Verwendung der Gerstensorten

etc. in der Regel frei verfügbar bzw. man müsse halt dafür Patentgebühren zahlen, so Strube. Allgemein gäbe es nur wenige patentierte Merkmale in der Gerstenzucht, diese Kulturart stehe nicht im Fokus der Konzerne. Zudem funktioniere der Braugerstenmarkt anders. Um mit ihren Eigenschaften eine Verbreitung auf dem Markt zu bekommen und „eine kritische Masse“ zu erreichen, arbeiten die Brauereikonzerne oftmals im Verbund mit Züchtern. Das „Nadelöhr“ ist das sogenannte Berliner Zulassungsprogramm, das neue Sorten auf Braueigenschaften und Brautauglichkeit prüft. Durchschnittlich kommt alle zwei Jahre eine neue Sorte auf den Markt. Aber erst, wenn bewährte Sorten nicht mehr ertragreich genug sind oder Probleme aufweisen, werden die neuen Sorten in Absprache mit der jeweiligen Brauerei, Mälzerei und den Saatgutvermehrern eingesetzt, weil der Brauprozess sehr fein auf die Sorte abgestimmt werden muss.

Nicht unabhängig

Ruth Tuppe von „Kein Patent auf Saatgut“ verfolgt die Patentierungspraxis des Europäischen Patentamtes (EPA) seit Jahrzehnten kritisch. Im aktuellen Patentbericht zeigt sie, dass immer mehr Patente auf konventionelle Züchtungsverfahren – oder wie hier – sogar zufällige Mutationen erteilt werden. „Das Mutagenisieren von Pflanzen ist ein altbekannter Vorgang und nichts Erfindarisches. Patente auf Pflanzen, die mit bekannten konventionellen Verfahren erzeugt wurden, sind nicht zu akzeptieren. Der Sortenschutz wäre das geeignete Schutzsystem“, sagt sie auch im Hinblick auf die von Strube formulierten gemeinsamen Interessen von Züchtern und Brauereikonzerne. Patente stärken ihre Position unverhältnismäßig gegenüber anderen Marktbeteiligten wie den Bauern und Bäuerinnen oder den kleineren Brauereien. Und das EPA agiert nicht unabhängig. Die Prüfer des EPA beraten Firmen, wie Patentanträge formuliert werden müssen, damit diese auch in Zukunft weitere Monopole auf konventionell gezüchtete Nahrungspflanzen erhalten. Deshalb fordert das Bündnis „Kein Patent auf Bier“, das auch von der AbL und der IG Nachbau unterstützt wird, die Politik auf, endlich eindeutige Regelungen zu schaffen, die Patente auf Pflanzen und Tiere verhindern.

Annemarie Volling,

AbL-Netzwerk gt-freie Regionen



Gelegenheit macht Patentierer - weil das gemütliche Feierabendbier ein lukrativer Markt ist
Foto: Jürgen Heimerl/pixelio

Wolf und Gans mit der Landwirtschaft vereinbar?

AbL Niedersachsen widmet sich den emotional und kontrovers diskutierten Wildtieren

AbL Bäuerinnen-Treffen

Drei Tage voller Ausflüge und Erfahrungsaustausch standen Ende März auf dem Programm beim zweiten Bäuerinnentreffen auf dem Ferienwohnbetrieb von Isabella Hirsch, Vorsitzende der AbL Franken. Das gemeinsame Kochen und der Genuss mitgebrachter Produkte von den eigenen Betrieben war wichtiger Bestandteil des entspannten Beisammenseins. Eine Bäuerin berichtete anhand vieler Bildern von der landwirtschaftlichen Lehrfahrt nach Südbrasilien mit der Mission Eine Welt im November letzten Jahres.

Exkursionen führten in die historische Stadt Dinkelsbühl, zum Solidarischen Landwirtschaftsprojekt Tempelhof und zu einem Rundgang am Schloss Schillingsfürst mit herrlichem Blick über das Hohenlohegebiet. Eine Bäuerin, die nebenbei als Stadtführerin arbeitet, führte uns durch die historischen Handwerkerstuben von Feuchtwangen. In Nördlingen verschafften wir uns vom Kirchturm aus einen Überblick, begutachteten die Stände auf dem Wochenmarkt und kamen mit Anbietern zur Käseherstellung und über Gemüseanbauverfahren ins Gespräch. Zwei Hofbesichtigungen führten uns auf einen Mutterkuhbetrieb, der sich neben Fleischdirektvermarktung auf Emmeranbau und -vermarktung spezialisiert hat, und auf den Holunderhof mit Biorindern, Hofladen und kräuterpädagogischen Angeboten. Schön wars! Bäuerinnen sind schon was ganz Besonderes!

Isabella Hirsch

Ende März lud die AbL Niedersachsen/Bremen zur alljährlichen Frühjahrstagung mit anschließender Mitgliederversammlung und Vorstandswahlen. Das Thema war dieses Jahr: „Der Wolf, die Gans, der Hof. Wie kann das gehen?“ Zu dem Konfliktpotential der Gänse als „nordische Gastvögel“ berichtete Wissenschaftsjournalist Helmut Kruckenberg vom Naturschutzprojektverein TourNatur. Die Bestände haben sich teilweise sehr gut erholt, einzelne Arten sind aber nur in wenigen Exemplaren vorhanden und daher streng geschützt. Konflikte mit der Landwirtschaft gibt es, weil die Gänse große Mengen der Wiesen abfressen. Für den Betrachter entsteht häufig der Eindruck, es seien ständig viele Tiere da, dabei wechseln sich die unterschiedlichen Arten zeitlich ab. Verschärft hat sich das Problem durch den Verlust von nicht mehr bewirtschafteten Weideflächen im Baltikum, was dazu führt, dass die Verweildauer im Nordseebereich länger wird, damit dann nonstop bis Sibirien geflogen werden kann. Eine Regulierung der Bestände ergibt sich überwiegend durch das Nahrungsangebot.

Emotionales Thema Wolf

Speziell das Thema Wolf wird zur Zeit sehr stark und emotional diskutiert. Frank Faß vom Wolfszentrum Dörverden brachte als Referent viele die Debatte versachlichende Informationen über die Wölfe, ihre Wanderungen und die Bildung verschiedener Wolfsrudel in Norddeutschland ein. Der grüne Umweltminister Stefan Wenzel nahm im Anschluss zu den Maßnahmen in Niedersachsen Stellung:

- Der Wolf wird aus Niedersachsen nicht mehr verschwinden, allerdings werden – wie auch in der Vergangenheit – einzelne Wölfe, die auffälliges Verhalten zeigen, „entnommen“ werden können.
- Zaunbau wird gefördert (allerdings nur zu 80 % der Kosten).
- Es wird eine Eingreiftruppe zusammengestellt, die in Krisenfällen beim Zaunbau oder auch mit Herdenschutzhunden aushilft.
- Die Entschädigungspraxis muss überarbeitet werden.

In der Diskussion kamen etliche Betroffene zu Wort, die ihre Weidetierhaltung bedroht sehen und sich nach wie vor von der Politik zu wenig unterstützt fühlen. Das betrifft nicht nur die Entschädigungspraxis, bei der gefordert wird, die Beweislast umzukehren, sondern auch die Einschätzung der Verhältnisse vor Ort, die immer noch verharmlost würden. Von allen wurde jedoch eine sachliche Diskus-



Der neue Niedersachsen-Vorstand ist auch der alte - wieder gewählt wurden: v.l.n.r.: O. Ilchmann, E. Prunzel-Ulrich, J. Böse-Hartje, E. Niemann, G. von Beesten
Foto: Unterholzner

sion befürwortet, bei der Belange von Naturschutz und Tierhaltung, insbesondere Weidehaltung, gleichberechtigt nebeneinander stehen. Heraus kristallisiert haben sich zentrale Punkte, über die weiter diskutiert werden muss:

- Wie viele Schadensfälle pro Jahr gibt es (2016 ca. 40), was ist tolerierbar?
- Wie wird sich die Population entwickeln, ist der „Flachlandwolf“ (Polen, Deutschland) eine eigene Population oder ist sie zusammen mit den Baltischen Wölfen zu betrachten? Ab 1.000 Wölfe gilt eine Population als gesichert und könnte reguliert werden.
- Wann muss reguliert werden?
- Ist ein Eingriff in die Sozialstruktur des Rudels nicht kontraproduktiv, weil die

Angriffe auf Vieh zunehmen könnten?

- Welche Möglichkeiten, aber auch Grenzen des Zaunbaus gibt es?

Fazit AbL

Eine Lösung der Probleme ist zur Zeit nicht möglich. Gerade bei neuen Entwicklungen, seien es die Populationen der Wölfe oder die der Gänse, fehlen die Erfahrungen. Schnellschüsse bringen dabei wenig. Der Dialog der verschiedenen Gruppen ist daher unerlässlich. Die AbL wird sich wie bisher dafür einsetzen, dass die Landwirte in diesem Prozess gleichberechtigt gehört und berücksichtigt werden.

Eberhard Prunzel-Ulrich,
AbL Niedersachsen



Es geht darum, dass alle satt werden, aber auch darum, wie wir den Umgang mit den natürlichen Ressourcen, der Schöpfung gestalten. Schon zum achten Mal trafen sich Bauern und Bäuerinnen zur von der AbL Bayern organisierten Wallfahrt in Altötting. Nach dem Gottesdienst in der Basilika zog die Prozession zur Gnadenkapelle, vor der wie schon in den Vorjahren Tiere und Kräuter gesegnet wurden. Angesichts von Hunger und kriegerischen Auseinandersetzungen in der Welt sei es umso wichtiger, mit Menschen, Tieren und Natur solidarisch umzugehen, so eine Botschaft des Tages. ☞

Tag der Landwirtschaft

Abl- Mitteldeutschland trifft sich in Weimar

Der Wermutstropfen zuerst: Natürlich ist ein Samstag im April (zumal wenn genau da die Ferien beginnen) ein ziemlich blöder Termin für eine Bauernveranstaltung: die einen stehen auf dem Markt, die nächsten fahren mit ihren Treckern über die Äcker, noch andere freuen sich, endlich einmal wieder Zeit mit ihren Kindern zu verbringen. Ein Sonntag im Januar (wie sonst immer) wäre sicherlich besser gewesen – aber da hatte die Thüringer Landwirtschaftsministerin leider keine Zeit für uns. Hatte sie am Ende auch im April nicht, aber das konnten wir bei der Planung noch nicht wissen. Aber sei's drum: sie schickte die zwei nach ihr und dem Staatssekretär höchsten Vertreter ihres Hauses und gab ihnen die feste Zusage zu einem nachfolgenden Fachgespräch mit auf den Weg - und so wurde es doch noch eine rundum gelungene Veranstaltung.

Zentrales Thema war das Thema Anteilsverkäufe an landwirtschaftlichen Unternehmen. Der niedersächsische Landwirtschaftsminister Christian Meyer stellte seinen Versuch vor, diese juristisch zu reglementieren, nachdem zuvor Jobst Jungehülsing vom BMEL die Notwendigkeit dessen sehr plastisch dargestellt hatte – siehe dazu auch sein Interview aus der Bauernstimme vom Januar. In der anschließenden Diskussionsrunde waren sich sowohl Dr. Frank Augsten als neugewählter Präsident der Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft, als auch Michael Grolm als Vorsitzender der AbL Mitteldeutschland einig, daß hier etwas gesche-

hen muß und kann – und das möglichst schnell. Lediglich Dr. Klaus Wagner, der ebenfalls neu gewählte Präsident des Thüringer Bauernverbandes, äußerte seine Bedenken – nicht so sehr was die Notwendigkeit, als vielmehr was die Umsetzbarkeit dessen angeht.

Nun ist also endlich ein Anfang in der öffentlichen Diskussion in Thüringen gesetzt und wir bereiten uns auf das zugesagte Gespräch mit der Ministerin und den Fachleuten vor. Da sind sicherlich sehr dicke Bretter zu bohren - um mit Georg Janßen zu sprechen, der zu Beginn der Tagung so ziemlich alle derzeit in der Agrarpolitik anstehenden Themenfelder beleuchtete und Mut machte, auch scheinbar Unmögliches anzugehen. Vielleicht kommt uns ja dabei aber auch der ein oder andere Holzwurm zu Hilfe, mal schauen.

Am Nachmittag stellte dann Michael Beileites sein neues Buch „Landwende“ vor und Reiko Wöllert gab einen kurzen Überblick über das im vergangenen Jahr agrarpolitisch Erreichte: so mal kompakt zusammen getragen ist das sogar ziemlich viel... So wurde denn auch in der anschließenden Mitgliederversammlung mit Schwung ein neuer Vorstand für Mitteldeutschland und eine neuer SprecherInnenrat für Thüringen gewählt – Herzlichen Glückwunsch!

*Reiko Wöllert,
AbL-Mitteldeutschland*

Besser geht es ohne Milch

Bemüht der Bauer sich noch so redlich,
alles, alles war vergeblich.
Lag der Karren mal im Dreck,
ach, der Bauer zog ihn wieder weg.
Amerika – Land der unbegrenzten Möglichkeiten?
Traumland der Träume aller Zeiten!
Land der Whistleblower –
Vorbild für den deutschen Bauern?
Wie war es doch mal ehemals
mit dem deutschen Bauernstand so bequem.
Ach, war man fleißig, regte sich,
die „Oberen“ kamen ganz gewiss.
Ach, wie sicher sie stets kamen,
um bei der Ernte abzusahnen,
die Grafen und die Fürsten,
die nach Macht und Einfluss dürsten,
in alten Zeiten. Die Bauern
waren echt nur zu bedauern.
Es gab nicht nur den Zehnten und die Bede.
Heute nennen sie sich nicht mehr Fürsten,
die, die nach Macht und Einfluss dürsten.
Doch meist sind sie mit „früher“ gut zu vergleichen,
die Bonzen und die Reichen.
Sie nehmen sich „durchaus öffentlich“
mehr als so für Deutschland gut!
Drum nahm schon mancher Bauer seinen Hut.
Ist nicht längst das Tief erreicht?
Die Moral scheint aufgeweicht.
War auch die Arbeit hart und schwer,
so mancher liebt sie trotzdem sehr.
War es auch ein hartes Los, aber „arbeitslos“?
War es doch seiner Heimat Erd' und Land,
mit der ihn Herz und Sinn verband.
Es rinnt uns die Erde durch die Hand,
bis wir eins im „anderen Land“!

Hilde Heftrig, Elbtal



Sattelfest und konzentriert im Gespräch

Foto: AbL-Mitteldeutschland

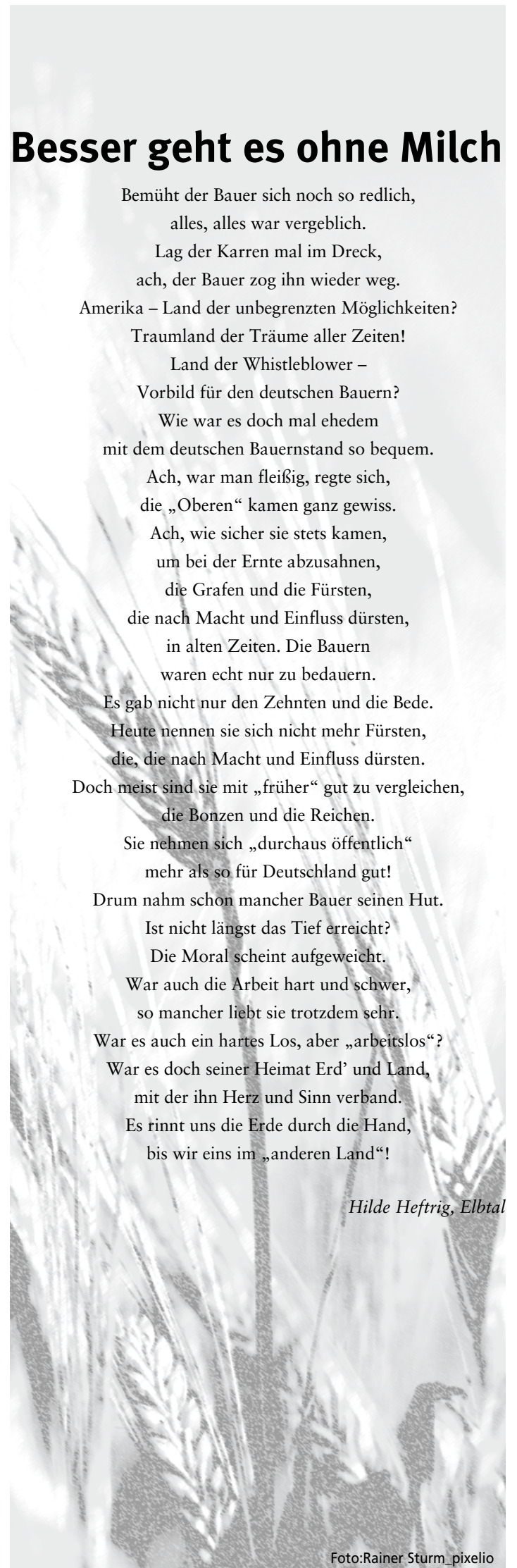


Foto: Rainer Sturm_pixelio

Industriell statt bäuerlich, auch bei Bioland?!

Ein Kommentar von Biolandimker Michael Grolm

Vereinsgründung

Die AbL Hessen lädt am 8. Mai um 19 Uhr 30 nach Alsfeld/Eudorf ins Hotel Schaferhof, um gemeinsam die AbL Hessen als eingetragenen Verein zu gründen. Schon Anfang April hatte eine Tagung zur Zukunft der Hessen-AbL stattgefunden. Damit der übermächtigen Lobbyarbeit der Agrar- bzw. Lebensmittelkonzerne zukunfts-fähige Konzepte entgegengesetzt werden können und eine Agrarwirtschaft gestalten werden kann, die ressourcenschonend und sozialverträglich Lebensmittel herstellt, sollen die Arbeitsstrukturen funktionseller und verbindlicher werden. Neben einer eigenen Geschäftsführung soll in Zukunft vor allem die Pressearbeit verbessert werden. Schon jetzt sitzen Vertreter der AbL in vielen hessischen Landwirtschaftsausschüssen. Diese Arbeit soll gestärkt und auf breitere Beine gestellt werden. Um auch zukünftig als alternative Agrarvertretung auftreten zu können, will die AbL Hessen viele neue Mitglieder in ihren Reihen begrüßen und enge Kontakte zu anderen Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen aufbauen und vertiefen. *mn*

Seit Jahren 15 Jahren bin ich als Berufsimker überzeugtes Mitglied von Bioland – und da stimmt mich die zunehmende Industrialisierung der Biolandwirtschaft in den letzten Jahre sehr, sehr nachdenklich. Das betrifft ja nicht nur Bioland, aber leider eben auch. Über die letzte Bioland - „Neumitgliedswerbung“, die AGRAR Holding GmbH Eichigt in Sachsen mit etwa 4.000 ha hat die Bauernstimme ja schon berichtet (Ausgabe Februar 2017); dort traf sich die Biolandgruppen Thüringen/Sachsen vom Landesverband Ost. In einem klassischen Fall von Landgrabbing hatte hier die dennree-Gruppe einen landwirtschaftlichen Großbetrieb gekauft. Halt nicht ganz: nur fast 95% der Anteile gingen an dennree über, womit ganz nebenbei noch mal eben die Grunderwerbssteuer gespart wurde.

Der Geschäftsführer stellte den Betrieb und die Umbaupläne vor – sie geben sich wirklich viel Mühe und nehmen viel Geld in die Hand; zu Bioland wollen sie, weil wir einen guten Ruf haben. Auf meine Frage, was an diesem Betrieb denn bäuerlich sei (immerhin steht das Bäuerliche bei Bioland ja immer noch ganz oben in der Selbstdarstellung) rechnete er vor, daß auf jeden Mitarbeiter 40 ha kämen, und das

sei doch schließlich ein Familienbetrieb. Das ist ja exakt die Argumentation der hiesigen Genossenschaften – nur daß die ihre „Familienangehörigen“ mal eben wegrationalisieren und diese de facto nichts zu entscheiden haben, genau so wie bei Raiffeisen und der DMK als Genossenschaftsmolkerei: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing!

15 Kühe pro Hektar

Es gibt 1.200 Kühe (!) an einem Standort, zur Weidesaison soll die Herde geteilt werden: 600 Kühe teilen sich dann 40 ha – nennt man das bei Bioland jetzt Weidehaltung? Die restlichen 600 Kühe haben immerhin 200 ha Grünland zur Verfügung, deren Milch soll dann in den dennree-Märkten als Weidemilch verkauft werden – gibt es jetzt also bald zwei Bioland-Milchsorten? Dies wird mit Sicherheit die Preise unter Druck setzen und kleinere Betriebe zur Rationalisierung oder Aufgabe zwingen. Schließlich hat dennree sich ja nicht mal eben so in die Landwirtschaft eingekauft.

Im Rahmen der Gemeinwohlzertifizierung wurde extra jemand für die Naturschutzplanung eingestellt. Leider war weder der ausgeschenkte Kaffee und Kuchen bio,



Michael Grolm

Foto:Weissenberg

noch gab es ansatzweise eine Idee, wie die ausgeräumte Landschaft wieder mit Hecken oder Agroforstsystemen belebt werden könnte. Meines Erachtens sollte auch in einem solchen Betrieb die Schlaggröße auf max. 20 ha begrenzt sein. So sollte es auch im Bioland-Leitbild stehen, da ansonsten die Bodenerosion nicht zu stoppen ist, die Artenvielfalt weiter schwindet und das Landschaftsbild weiter verödet. Natürlich drohen dann einige mit Austritt, aber sollte Bioland sein Leitbild deshalb „der Realität anpassen“?

Rückgrat zeigen

Überhaupt: die Austritte. Aus Angst vor „Abhängigkeiten“ gibt es bei Bioland eine Kappungsgrenze für Großbetriebe (pardon: „Komplexbetriebe“). Wir von der AbL fordern diese ja immer, Bioland hat sie schon längst, allerdings umgedreht: nicht die Subventionen werden gedeckelt, sondern die Beiträge - auch ein 4.000 ha Betrieb zahlt max. 8.900 €, während ein 50 ha Familienbetrieb immerhin 1.000 € berappen muß. Damit soll wohl das Risiko minimiert werden, dass zu viele Einnahmen auf einmal verloren gehen, sollten von den 17 Großbetrieben (davon 16 bei Bioland Ost!) einige austreten. Immerhin soll diese Regelung jetzt überprüft werden...

Es wird Zeit, daß Bioland sich auf seine Ursprünge besinnt und das Bäuerliche und Regionale nicht nur verbal, sondern auch in der Praxis wieder ganz nach vorne stellt. Letzte Berichte über die Aktivitäten der „Bioland-Markt“ in Rumänien und auch viele Gespräche mit Berufskollegen lassen mich da allerdings schwer zweifeln. Deshalb sollten wir ernsthaft darüber diskutieren, ob wir nicht einen wirklich bäuerlichen Bioanbauverband gründen sollten. Ich wäre mit dabei!

Michael Grolm,

Vorsitzender der AbL Mitteldeutschland



Nicht so gern gesehener Gast...

Foto: Gitti/pixelio

Dänemark verbietet Sikkation

Einen neuen, für die nächsten vier Jahre gültigen Pestizidplan hat das dänische Parlament verabschiedet. Es beinhaltet ein Verbot des Einsatzes von Glyphosat in abreifende Kulturen zur Lebensmittelerzeugung. Damit wird die Vorerntesikkation praktisch ausgeschlossen. Weitere Einschränkungen betreffen den Einsatz und den praktischen Umgang mit Pestiziden in Wasserschutzgebieten und Wasserentnahmestellen. Zum Schutz des Grundwassers soll dort das Befüllen, Mischen und Reinigen von Pflanzenschutzspritzen grundsätzlich verboten sein. Aus Rücksicht auf ökologisch bewirtschaftete Flächen sollen zusätzliche Maßnahmen gegen die Abdrift von Pflanzenschutzmitteln ergriffen werden. Vorgesehen ist beispielsweise der verpflichtende Einsatz von abdriftmindernden Düsen, die bislang noch nicht flächendeckend verwendet werden. Neben den beschränkenden Eingriffen sollen allerdings neue, nachweislich für Boden und Grundwasser unbedenkliche Pestizidwirkstoffe leichter zugelassen werden können, um der fortschreitenden Resistenzproblematik etwas entgegen setzen zu können. *cs*

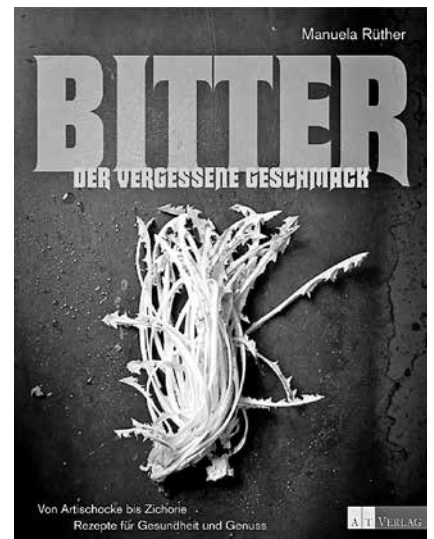
Die Entdeckung des Bitteren

Manuela Rütter hat sich in ihrem Kochbuch umfassend mit der fast in Vergessenheit geratenen Geschmacksrichtung „bitter“ auseinandergesetzt. Wann empfinden wir etwas als bitter und warum mögen Kinder keine bitteren Speisen? Was ist der Bitterwert und warum ist bitter für unsere Gesundheit wichtig? Nach dieser Einordnung

werden die verschiedenen bitteren Gemüsesorten, Kräuter und Früchte vorgestellt und es folgen Rezepte für Anfänger und Fortgeschrittene. Außerdem werden bittere Getränke und die Heilwirkung von Bitterpflanzen dargestellt. Das Buch ist reichlich bebildert und macht Lust auf neue Geschmackserlebnisse. Im Anhang befinden sich Bezugs-

quellen für Zutaten. Eine empfehlenswerte Ergänzung auf dem Kochbuchmarkt und auch bestens als Geschenk geeignet.

vt
Manuela Rütter: *Bitter – der vergessene Geschmack*. AT Verlag 2016, 240 Seiten, über 100 Farbfotos, gebunden, 29,95 Euro, ISBN 978-3-03800-924-5, zu beziehen über den AbL-Verlag



Palästina 1954

Die Welt des zwölfjährigen Palästinensers Achmed gerät aus den Fugen, als seine zweijährige Schwester auf der Jagd nach einem Schmetterling in ein Minenfeld gerät und stirbt. Seinen Eltern wird ihre Existenzgrundlage, der Orangenhain, genommen und sein Vater wird verhaftet. Nun muss er für die Familie sorgen. Dies ist der Beginn der eindrucksvollen Ge-

schichte von Achmed, der zwischen den Fronten des Krieges aufwächst und dennoch versucht, sich die Menschlichkeit zu bewahren.

Die Autorin des Romans ist amerikanische Jüdin und wurde von ihren Eltern als Jugendliche nach Israel geschickt, um die jüdische Kultur und Religion zu studieren. Sie blieb sieben Jahre und ist heute Anwältin für

Menschenrechte in den USA. In ihrem ersten Roman verarbeitet sie die Erlebnisse aus ihrem Aufenthalt in Israel.

vt
Michelle Cohen Corasanti: *Der Junge, der vom Frieden träumte*. Fischer Taschenbuch 2016, 400 Seiten, 9,99 Euro, ISBN 978-3-596-03283-9, zu beziehen über den AbL-Verlag

Bienengemäß imkern

Günther Friedmann betreibt in Süddeutschland die weltweit größte Demeter-Imkerei und hat mit diesem Buch ein Standardwerk zum ökologischen Imkern verfasst. Im ersten Kapitel erfolgt die Bestandsaufnahme: „Wie geht es den Bienen?“, ein kurzer Abriss über die Bienenhaltung weltweit, und anschließend eine ausführliche Betrachtung zu „Landwirtschaft und Krise der Imkerei“. Die folgenden Kapitel wid-

men sich der imkerlichen Praxis. Der Autor erläutert ohne erhobenen Zeigefinger sehr pragmatisch, wie für ihn eine zeitgemäße Imkerei aussehen sollte: „Denn eine bienengemäße Imkerei sollte auch immer für den Imker praktikabel umsetzbar sein.“ Diese Praktikabilität zieht sich durch das ganze Buch. Es wird jeweils das Optimum für das Bienenvolk dargestellt und im Anschluss etwas vereinfachte

Vorgehensweisen, sodass der Imker in der Praxis für sich den richtigen Weg finden kann. Ein Handbuch sowohl für den Anfänger als auch für den langjährig praktizierenden Imker.

vt
Günther Friedmann: *Bienengemäß imkern – das Praxis-Handbuch*. BLV-Verlag 2016, 176 Seiten, 160 Farbfotos, gebunden, 24,99 Euro, ISBN 978-3-8354-1544-7, zu beziehen über den AbL-Verlag



Bestellcoupon

Ich bestelle:

...weitere Bücher, Musik CD, Aufkleber, Fahnen usw. unter www.bauernstimme.de

Das Jahrbuch *Der kritische Agrarbericht: Ausgabe* 2017 Schwerpunkt: Wasser - 24,00 € 2015 Schwerpunkt: Agrarindustrie und Bäuerlichkeit- 10,00 €, weitere Jahrgänge auf Anfrage oder unter www.bauernstimme.de bzw. www.kritischer-agrarbericht.de

Matthias Stührwoldt

Das wahre Landleben!

Bücher:

- 11,00 € - Bauernparty
- 11,00 € - Nützt ja nix
- 11,00 € - Schubkarrenrennen
- 11,90 € - Der Wollmützenmann
- 9,90 € - Verliebt Trecker fahren
- 11,00 € - Aus dem Moor- Gedichtband

CD:

- 10,00 € - König Silo
- 10,00 € - Was für'n schöner Scheiß
- 10,00 € - Ein Bauer erzählt
- 9,50 € - live im Lutterbecker

weitere Buchwünsche:

Bodenpolitik in Ostdeutschland

- 19,80 € - Nehmt und Euch wird gegeben
- 3,00 € - Ostdeutsche Bodenpolitik nach 1990

Aktuelle Broschüre

- 4,00 € - Wege aus der Hungerkrise

Hofschilder und Poster

- 30,00 € "Wir sind ein Abl Bauernhof"
- 30,00 € "Bauernhöfe statt Agrarfabriken"
- 50,00 € 1x10Stk. TTIP & Gentechnik Poster
-je zzgl 5,50 € € Versand

Junge Landwirtschaft:

- 8,00 € - Agrarpolitik in der Lehre
- 8,00 € Jung, dynamisch, erfolglos?

Die Versandkosten pro Bestellung betragen innerhalb Deutschland 2,75 €

Die Versandkosten ins Ausland werden auf Anfrage mitgeteilt

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
- per SEPA-Lastschriftmandat

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Bitte senden Sie die Bestellung an: verlag@bauernstimme.de, oder ABL Verlag, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221

Gläubiger-ID: DE17ZZZ00000417539, ABL Bauernblatt Verlags GmbH Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

(Klein) Anzeigen

Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?

Private Kleinanzeigen bis zu sieben Zeilen kosten 15,- €, jede weitere angefangene Zeile 1,50 € (gewerbliche 25,- € zzgl. MwSt., jede weitere Zeile 3,- €)
Anzeigen bitte an: E-mail: anzeigen@bauernstimme.de,
Fax: 02381-492221 **Anzeigenschluss für BS Juni ist der 17.05.2017.**

Hof und Arbeit

• **Suche Ausbildungsplatz** in der Landwirtschaft, gerne auf vielseitigem Betrieb außerhalb von Bayern und Baden-Württemberg. Bin 16 Jahre, T-Führerschein vorhanden.
☎ 0163 28 06 40

Sonstiges

• **Treckerreifen.** Fax: 04881 - 7452
☎ 04881 - 937567

Veranstaltungen

Globalisierung

02.05.2017, 9 Uhr, Berlin
Konferenz zum Thema: Globalisierung in der Sackgasse – Visionen für den Neustart. Veranstalter: Brot für die Welt, Deutscher Gewerkschaftsbund, Forum Umwelt und Entwicklung, Greenpeace, IG Metall und Misereor.
Anmeldung: <https://veranstaltungen.dgb.de/glob/>, Ort: Hotel Aquino, Hanoversche Str. 5B, 10115 Berlin

Veranstaltung und Diskussion mit den Grünen Politikern Norwich Rüsse und Friedrich Ostendorff über eine zukunftsfähige Tierhaltung in der Landwirtschaft.
Ort: Räumlichkeiten der SuperBio-Markt AG, Am Mittelhafen 16, 48155 Münster

Information: E-Mail: angelika.gaupp@fli.de, Tel: 05141-3846-102
Ort: Friedrich-Loeffler-Institut, Dörnbergstrasse 25/27, 29223 Celle

Stadt & Land

Junge Landwirtschaft zum Miterleben. Alle Infos unter: www.landkulturerleben.de

06.05.2017, 10.30 Uhr, Lebus
Workshop: Wesensgemäß imkern im Biengarten Wulkow.
Kontakt: imkereiheilmann@posteo.de

11.05.2017, 10 Uhr, Stolzenhagen
Naturerlebnis mit Packeseln.
Kontakt: kontakt@packeseltouren-brandenburg.de

17.05.2017, 14 Uhr Eberswalde
Bäuerliche Käseherstellung.
Kontakt: robert.koester@hnee.de

17.05.2017, 14 Uhr Eberswalde
Bäuerliche Käseherstellung.
Kontakt: robert.koester@hnee.de

Postwachstumsökonomie

12.05.2017, 17 Uhr, Würzburg
Vortrag von Prof. Dr. Niko Paech, mit anschließender Fishbowl-Diskussion. Eine Veranstaltung der Kath.Landvolkbewegung (KLB) Diözese Würzburg
Ort: Kolping-Center Mainfranken, Würzburg

Anmeldungen an wiebke.saathoff@lt.niedersachsen.de, Ort: Miniaturland in Leer, Konrad-Zuse-Straße 1, 26789 Leer

Grünlandtagung

13.05.2017, 9.30 Uhr, Leer
Was muss Politik leisten, um Grünlandnutzung aus Sicht der Landwirtschaft und des Naturschutzes zukunftsfähig zu erhalten? Veranstaltung von Bündnis90/Die Grünen im Landtag Niedersachsen.
Anmeldungen an wiebke.saathoff@lt.niedersachsen.de, Ort: Miniaturland in Leer, Konrad-Zuse-Straße 1, 26789 Leer

ASG-Frühjahrstagung 2017
31.05.-01.06.2017, Goslar
Wirtschaftliche und soziale Entwicklung strukturschwacher ländlicher Räume – Chancen durch Digitalisierung? laut der Titel der 2 tägigen Tagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V.
Anmeldung und Infos: www.asg-goe.de

Saatgut-Tauschbörsen

Auch im Mai finden viele Veranstaltungen zum Thema Saatgut und Pflanzen tauschen statt.
www.nutzpflanzenvielfalt.de/termine

Anmeldung und Infos: www.asg-goe.de

Saatgut-Tauschbörsen

Auch im Mai finden viele Veranstaltungen zum Thema Saatgut und Pflanzen tauschen statt.
www.nutzpflanzenvielfalt.de/termine

Romuald Schaber wird 60

Zum 60. Geburtstag von Romuald Schaber, Vorsitzender des Bundesbandes Deutscher Milchviehhalter und Präsident vom European Milkboard, gratuliert der Bundesvorstand der ABL sehr herzlich. In einem Schreiben an Romuald Schaber hob die ABL seinen jahrelangen unermüdlichen Einsatz für die Milchbäuerinnen und Bauern in ganz Europa hervor und wünscht sich eine weitere gute Zusammenarbeit für die bäuerlichen Interessen.

Eiweißfutter aus Niedersachsen – Feldtage 2017

Mittwoch, 17. 05.2017, Alfeld, 14.00 Uhr

Mechanische Krautbekämpfung in konventionellen Leguminosenbeständen
Treffpunkt: Unter der Bahn, Alfeld-Föhrste auf dem Betrieb von Dr. Thomas Stadler.

Es werden sowohl Grubber, als auch Striegel und Hacke der Firma Treffler im Einsatz versus betriebsüblichem pfluglosem mit üblichen PSM-Einsatz geführte Bestände gezeigt. Im direkten Vergleich sind früher und später gesäte, nur mechanisch versus chemisch behandelte Ackerbohnflächen zu sehen und im Anschluss werden die Ergebnisse diskutiert.

Donnerstag, 01.06.2017, Cramme

Erbsenanbau und die richtige Verwertung in der Geflügelmast
Treffpunkt: Hähnchenstall Ortsausgang Cramme

Auf dem Betrieb von LWK-Präsident Swetje geht es um verschiedene Erbsensorten und einer gezielten Düngung mit Mikronährstoffen. Anschließend folgt eine Diskussion zum Thema: „Richtiger Einsatz in der Ration für Mastgeflügel“, mit Vertretern aus der Futtermittelbranche.

Mittwoch, 07.06.2017, Rehden

Leguminosentag in der Rinderhaltung und Vermarktung der Produkte, Chancen und Herausforderungen

URS-Berater Hr. Kreiselmeier wird auf spezielle ökonomische Kenngrößen von Leguminosen in der Rinderfütterung hinweisen.

Mittwoch, 14.06.2017

Gemeinsamer Feldtag der drei bundesweit agierenden Netzwerke Erbse & Bohne, Lupine & Soja

Anmeldung: anika.berner@erweissfutter-aus-niedersachsen.de
Fax: 05505/964 464 2, Tel.: 0157 37 99 46 06

Programm, Uhrzeiten und Treffpunkte unter: www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de



HANDEL VON BAUER ZU BAUER!

Stellen Sie Ihre Erntemengen in die Warenbörse ein!

Nehmen Sie Kontakt zu uns auf:
www.eiweissfutter-aus-niedersachsen.de

☎ 05507 9644640

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Landes Niedersachsen gefördert

Niedersächsisches Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

oeko feld tage 2017

21.-22. Juni Frankenhausen

- Über 200 Aussteller
- Maschinenvorführungen
- Demonstrationsflächen
- Praxisbeispiele für moderne Tierhaltung
- Fachforen
- Rundgang auf der Hessischen Staatsdomäne Frankenhausen
- Innovationsbeispiele
- Sonderschau Kompost
- Kulturprogramm
- Regionale Köstlichkeiten

www.oeko-feldtage.de

Schirmherr

Veranstalter

Mitveranstalter

WÄHLT:



FREIE LISTE
EICKMEYER...

Für eine gerechte Agrar-Sozialpolitik

Aktuelle Informationen zur Wahl sowie alle KandidatInnen: www.agrarsozialwahl.de

ABL Mitteldeutschland

Stammtisch Thüringen:

jeden 2. Dienstag im Monat, 19 Uhr, Erzeugerladen, Schmidtstedter Ufer 29 in Erfurt

Stammtisch Sachsen-Anhalt:

jeden 2. Mittwoch im Monat, 19 Uhr, Gaststätte „Halleisches Brauhaus“ in Halle

Stammtisch Sachsen:

jeden 1. Donnerstag im Monat, 19 Uhr, Gaststätte „Zum Schützenhaus“ in Großschirma OT Siebenlehn

Gäste und Neugierige sind herzlich willkommen!



Sommertagung der Jungen AbL
26.-28.05.2017 in Cobbel bei Tangerhütte

Agrarökologie lernen - Praktische Ansätze

Freitag, 26.05.2017: Standortgerechte Landnutzung weltweit
Einführungsvortrag und Diskussion mit Johannes Kotschie (AGRECOL)

Samstag, 27.05.

Workshops vormittags

- Wie wollen wir arbeiten? Gute Arbeitsbedingungen für ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen schaffen.
 - Bäume und Sträucher auf dem Acker - Methoden der Agroforstwirtschaft.
- Vorstellung des Gastbetriebes mit Christian Warnke
Workshops nachmittags

- Zweinutzungshuhn von der Zucht bis zur Vermarktung.
- Wie können Bäuerinnen und Bauern technisch unabhängiger werden?

Sonntag, 28. Mai

Aktionsplanung, Positionspapiere, Austausch und Abschlussrunde

Tagungsort: Gasthaus „Zur Spargelspinne“ Warnke Agrar GmbH,
Birkholzer Mühlenstraße 7, 39517 Cobbel,

Tagungsbeitrag: 30,- €

Anmeldung und Fragen: junge-abl@abl-ev.de, Anmeldeschluss: 20. 05. 2017

Bitte mitbringen: Zelt, Schlafsack, Isomatte und gute Laune!

Ausführliches Programm unter: <http://www.abl-ev.de/termine.html>



Landeskontakte

Schleswig-Holstein

Geschäftsführung:

Berit Thomsen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg, 040-397 858, Schleswig-holstein@abl-ev.de

Niedersachsen

Landesverband: Ottmar Ilchmann, Tel.04967-334, o.ilchmann@yahoo.de

Wendland-Ostheide: Martin Schulz, Tel. 05865-988 3-60, neulandhof-schulz@gmx.de

Heide-Weser: Johanna Boese-Hartje, Tel. 04204-689 111, biohof-boese-hartje@t-online.de

Elbe-Weser: Jürgen Rademacher, Tel .u. Fax 04747-931 105, jradem1308@aol.com

Südnied.: Eberhard Prunzel-Ulrich, Tel. 05507-912 85, kaesehof@t-online.de

Weser-Ems: Andrea Sweers, Tel. 0176 - 20812393, andrea.sweers@googlemail.com

Mecklenburg Vorpommern/Brandenburg

Mecklenburg: Helmut Precht, Tel.: 038459 / 31 034; Jochen Fritz, Tel.: 0171 / 82 29 719;

Franz Joachim Bienstein, Tel.: 0157 - 87185136; Helmut Peters, Tel.: 038454/20215

Nordrhein-Westfalen

Landesverband: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053170, Fax: 02381/492221

Gütersloh: Erika Kattenstroth, Tel.: 05241/57069

Tecklenburger Land: Martin Steinmann, Tel.: 05404/5264

Herford: Friedel Gieseler, Tel.: 05221/62575

Köln/Bonn: Bernd Schmitz, Tel.: 02248/4761

Niederrhein: Dorothee Lindenkamp, Tel.: 02064/38421

Gentechnik: Reinhard Fiegenbaum, Tel: 05484/657

Westmünsterland: Martin Ramschulte; Tel.: 02555-430; Fax: 02555-929989

Hessen

Reinhard Nagel, Tel.: 05695-990099, Mobil: 0171-8604799, Bio-Nagel@t-online.de

Jeannette Lange, Tel.: 05653-91280, Lange.Wellingeroede@t-online.de

Henrik Maaß, Tel.: Mobil.: 0160/8217015, maass@abl-ev.de

Peter Hamel, 06630 919013, peter.hamel@web.de

Rheinland-Pfalz und Saarland

Landesverband: Ralf Wey, Maifeldstr. 15, 56332 Moselsürsch,

Tel.: 02605/952730, Fax: 02605/952732, e-mail: Ralf.Wey@abl-rlp-saar.de;

Hans-Joachim Jansson, Tel.: 02626/8613, Fax: 02626/900218; www.abl-rlp-saar.de

Baden-Württemberg

Geschäftsstelle Landesverband: Frieder Thomas; Tel.: 07531 282939-1, thomas@abl-ev.de

Bodensee: Anneliese Schmeh; Tel.: 07553-7529, a.schmeh@hagenweilerhof.de

Oberschwaben: Bärbel Endraß; Tel.:07528-7840, info@biohof-endrass.de

Bayern

Landesverband: Edith Lirsch, Tel: 08562/870; Josef Schmid, Tel: 08742-8039, Fax: 967654

Geschäftsstelle: Andrea Eiter; Neidhartstr. 29 1/2; 86159 Augsburg; Tel: 0821/45 40 951 und 0170/99 134 63; Internet: www.abl-bayern.info; Mail: abl-bayern@web.de

Chiemgau-Inn Salzach: Hubert Hochreiter Tel.: 08679/6782 Fax.:08679/914284, Rita Huber,

Tel: 08683-557, huber.aichlberg@gmx.de

Land an Rott und Inn: Margarete Stoiber, Tel. 08536-91091; Konrad Zanklmaier, Tel. 08725-304; e-mail: konrad.zanklmaier@vr-web.de

Allgäu: Elisabeth Waizenegger, Tel: 08330-1413; Herbert Siegel, Tel: 08320-512; ablallgaeu@gmx.de

Oberland: Irene Popp, Tel. 0176-98148203, irene-popp@web.de; Hans Zacherl, Tel: 08146/9127

Landshut-Vilstal: Josef Schmid, Tel.: 08742/8039, e-mail: abl-bayern@web.de

Franken: Isabella Hirsch, Tel: 09852-1846; Gabriel Deinhardt, Tel.: 09194 / 8480

Erding – Ebersberg, Anton Brandl, Tel. 08085 532, brandl-anton@gmx.de; Barbara Greimel Tel. 09090-5791396, bagrei@online.de

Bayerisch-Schwaben, Andrea Eiter, 0170-99 134 63, aheiter@freenet.de; Stephan Kreppold, Tel. 08258/211, biolandhof-kreppold@web.de; Internet: www.abl-bs.de;

Sachsen/Thüringen/Sachsen-Anhalt

Landesverband: Landesgeschäftsführer Reiko Wöllert, mitteldeutschland@abl-ev.de,

Tel: 036254/78024; Stephan Kaiser, sphkai@freenet.de (Sachsen); Michael Grolm, Tel:

036450/446889, M.Grolm@gmx.de (Thüringen)

Sachsen Anhalt: Claudia Gerster, Tel: 034465/21005, sonnengut-dietrichsroda@t-online.de

Thüringen: Ulrich Möller, Tel. 0151/15223397, info@peterbachhof.de;

Frank Neumann, Tel: 036623/23737, berghoffrank@hotmail.de;

Daniela Kersten, Tel: 036421/23497, mail@kanzlei-kersten.de;

Impressum



Anschrift: Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V.
Redaktion: Marcus Nürnberger: 02381-492220
Claudia Schievelbein: 02381-492289
Christine Weißenberg: 02381-492210
FAX: 0 23 81/49 22 21, redaktion@bauernstimme.de;
Verlag: ABL Bauernblatt Verlags GmbH, Geschäftsführung: Vera Thiel
Aboverwaltung: Vera Thiel, Tel.: 0 23 81/49 22 88, Fax: 0 23 81/49 22 21, E-Mail: verlag@bauernstimme.de; Internet: www.bauernstimme.de;
Druck: küster-pressedruck, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

AbL Bundeskontakte

Bundesgeschäftsstelle:
Ulrich Jasper, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Tel.: 02381/9053171, Fax: 02381/492221, E-Mail: info@abl-ev.de
Bundesgeschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststraße 28, 21335 Lüneburg, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758
junge Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft:
Kathrin Lindner, 01798433730, Walburger Straße 2, 37213 Witztenhausen, junge-abl@abl-ev.de
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren:
Georg Janßen, Tel.: 04131/407757, Fax: 04131/407758; Gerhard Portz, Tel.: 06502/2298; Klaus Buschmeier, Tel.: 05262/3455
Interessengemeinschaft Ostdeutschland:
Franz-Joachim Bienstein, Tel./Fax: 03841/791273
Netzwerk Bauernhöfe statt Agrarfabriken
Eckehard Niemann, Tel: 0151-11201634, eckehard.niemann@freenet.de
Netzwerk gentechnikfreie Landwirtschaft:
Annemarie Volling, Tel.: 04131/400720, Fax: 04131/407758, E-Mail: gentechnikfreie-regionen@abl-ev.de
Internationale Agrarpolitik:
Berit Thomsen, Tel.: 02381-9053172, thomsen@abl-ev.de
Eiweißfutter aus Niedersachsen
Anika Berner, Andreas Huhn 05507/9644640, Fax: 05507 - 964 464 2, info@eiweissfutter-aus-niedersachsen.de



Mitgliedsantrag

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft e.V.

Ich möchte Mitglied in der AbL werden und (Zutreffendes bitte ankreuzen)

- Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 105,00 Euro
- Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 140,00 Euro
- Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von _____ Euro zu zahlen
- Als Kleinbauer, Student, Renter, Arbeitsloser zahle ich einen Mitgliedsbeitrag von 50,00 Euro
- Ich beantrage als Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 75,00 Euro
- Ich abonniere die Unabhängige Bauernstimme (bitte Coupon Rückseite ausfüllen)
- Ich finde die Arbeit der AbL e.V. wichtig und unterstütze sie als Nichtmitglied mit einem Jahresbeitrag von:
 30,-€ 50,-€ 70,-€

Der Mitgliedsbeitrag erhöht sich jährlich um 2,- Euro, ein Abo der Bauernstimme ist nicht enthalten.

Vorname, Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort (Landkreis): _____

Telefon/Fax E-Mail: _____

Ich zahle: Gläubiger-ID: DE19ZZZ00000421092
 nach Erhalt der Rechnung AbL e.V., Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm
 per SEPA-Lastschriftmandat Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adressänderung die neue Adresse an die AbL weiterleitet.

Datum: _____ Unterschrift: _____

Irgendwo unterwegs – ich weiß gar nicht mehr, wo es war, vielleicht am Rande eines Auftritts von mir, anywhere on the road – hörte ich eine junge Frau vom Land reden. Sie erzählte anderen empört davon, dass, als sie den Begriff „Bauer“ in eine bekannte Internet-Suchmaschine eingegeben hatte, als erstes Ergebnis „Bauer sucht Frau“ auf dem Bildschirm erschien, die unbestritten total schlimme Kuppelshow irgendeines überflüssigen Privatsenders.

Als ich später nach Hause fuhr, dachte ich darüber nach. Ich konnte es gar nicht glauben, dass das bekloppte Internet den von mir so geliebten, umfassenden, ja geradezu philosophischen Begriff „Bauer“ auf eine Fernsehsendung reduzierte, in welcher alles getan wurde, um dieses Wort umzudeuten und in den Schmutz zu ziehen. Und mir fielen einzelne Bilder ein, zufällig aufgeschnappt und leider nicht vergessen, aus dieser Fernsehsendung, wenn sie gerade lief, bei uns im Wohnzimmer, und ich war auch mal da. Vielleicht echte, einsame Bauern, durch das Format zu bemitleidenswerten Bauerndarstellern degradiert. Sie wurden bei einem sogenannten Scheunenfest potenziellen Partnerinnen zugeführt, die sich für ein Leben mit eben jenen Bauern interessierten oder einfach mal ins Fernsehen wollten. Bei einer Woche auf dem jeweiligen Hof wurden dann die unbeholfenen Annäherungsversuche fürs Millionenpublikum im Fernsehen inszeniert. Scripted Reality. Ich konnte praktisch im Hintergrund hören, wie die herzlosen Produktionsteams an Kamera und Ton den armen Jungs zuriefen: „Los, komm, nimm sie mal in den

Eine Heimfahrt in Rage

Arm, fass sie mal an!“, und vor dem Fernseher schämten sich die Leute fremd, mit einer Mischung aus Lust und Abscheu. Kommentiert wurde das Ganze von einem blonden Sprech- und Lächelmoderationsautomat im Dirndl, der hirnlos zusammengestoffelte Aufsagetexte von einem Teleprompter ablas. Sie sollten Mitgefühl und Sympathie darstellen, aber ich fand sie schon beim ersten Mal menschenverachtend und zynisch. Auffällig an diesen Texten war

die Menschen in diesem Format vorgeführt werden, um sie der Lächerlichkeit preis zu geben, und dass man sie so ihrer Würde beraube, und die Liebste hielt dagegen, dass die Leute ja wohl kaum dazu gezwungen werden, an dieser Sendung teilzunehmen. Sie seien erwachsen und wüssten doch, worauf sie sich einließen. Auf diese Weise beraubten sie sich ihrer Würde höchstens selbst und freiwillig. Was die Sache nur wenig besser machte, wie ich fand.

Dirndl-Moderatorin mit ihrer Betonfrisur, auf die Leute in den Kamerateams auf den Höfen, die genau wissen, was sie tun. Aber sie tun es trotzdem. Plötzlich musste ich an meine Tochter denken, die in der Grundschule oft von einem Jungen aus ihrer Klasse geärgert wurde. Und Marie hatte ihm irgendwann gesagt: „Hau ab jetzt, sonst kommt mein Papa mit dem Güllewagen und spritzt dich mit Gülle voll!“ Das hatte wohl Eindruck gemacht; denn der Junge hörte mit dem Ärgern auf. Und nun saß ich im Auto und stellte mir genüsslich vor, solch ein Bauer sucht

Frau-Filmteam mitsamt der Dirndl-Tante von oben bis unten gründlich voll zu güllen. Eine schöne Vorstellung. Ich musste lächeln.

Zuhause angekommen, fuhr ich noch einmal schnell den Computer hoch und googelte das Wort „Bauer“. Als erste Vorschläge erschienen: Bauer, Bauernblatt, Bauer sucht Frau, Bauernverband. Als ich dann auf „Suchen“ klickte: Baur Versand, eine Firma namens Bauer, die Spezialtiefbau machen, als drittes der Wikipedia-Eintrag, der den Begriff „Bauer“ erklärt. Das erste Mal „Bauer sucht Frau“ erst auf der zweiten Seite der Ergebnisse. Langsam regte ich mich ab. Es war nicht so schlimm, wie die junge Frau gesagt hatte. Bauer sucht Frau kommt vor, aber nicht im Vordergrund. Mein Güllewagen kann zuhause bleiben. Schade eigentlich. Matthias, der moppelige Milchbauer hätte ganz schön ungemütlich werden können. Was hätte das für schöne Bilder gegeben...

*Matthias Stührwaldt,
schreibender Milchbauer*



Ein schönes Bild

Foto: Dirscherl/pixelio

eine ziemlich nervtötende Liebe zum Stabreim. Ständig war die Rede von „Reinhard, dem romantischen Rinderwirt“ oder „Gerhard, der gemütliche Getreidebauer“ oder so.

Und mir fiel ein, dass die Liebste und ich mal über diese Sendung diskutiert hatten. Ich hatte mich beschwert, dass

Während ich weiter fuhr, regte ich mich innerlich noch ein wenig über diese Sendung auf. Bauer sucht Frau. Der letzte Dreck, echt. Ob die Leute sich nun freiwillig zum Affen machen oder nicht, Tatsache ist: Sie machen sich zum Affen. Und ich bekam eine Wut auf das Privatfernsehen, auf die

kann zuhause bleiben. Schade eigentlich. Matthias, der moppelige Milchbauer hätte ganz schön ungemütlich werden können. Was hätte das für schöne Bilder gegeben...

unabhängige Bauernstimme: Zum Auf- und Abregeln

Zutreffendes bitte ankreuzen:

- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (41,40 € im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 30 € gesenkt werden.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr.
- Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von 16,90 € bzw. 33,40 € für 6 oder 12 Monate verschenken.
- Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 7,50 € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken).

Zustelladresse Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname Name, Vorname

Straße Straße

PLZ, Ort PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen email/Fax

Ich zahle:

- nach Erhalt der Rechnung
 - per SEPA-Lastschriftmandat
- Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Bank: _____

BIC: _____

IBAN: _____

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonnenten Datum Beruf
(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm oder Fax 02381 / 492221